

Die „Arbeiter“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Abonnementspreis beträgt bei voller Zahlung im Voraus für Groß-Berlin 4,50 M., bei direktem Postweg monatlich 3,15 M., bei Zahlung unter Streifen für Deutschland 2.- M., für Ausland 4.- M., per Brief 15.- M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2595 und 2596.

Jahrespreis für die achtspaltige Anzeigenzeile ab dem 1. Januar 1920: 1.20 M., das ist gedruckt Wort 1.15 M., jedes weitere Wort 85 Pf. Familien- und Organisationsanzeigen die achtspaltige Anzeigenzeile 2.40 M., das ist gedruckt Wort 2.30 M., jedes weitere Wort 45 Pf. Anzeigen für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags in der Expedition aufgegeben sein.

Anzeigen-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19. Fernsprecher: Amt Norden 2595-96, 9788

# STREIFER

## Berliner Organ

### Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Generalstreik der industriellen Unternehmer.

## Bündnis zwischen Regierung und Industriellen.

Das Betriebsrätegesetz bringt zwar in der jetzt vorliegenden Form keine Erweiterung der Arbeiterrechte, sondern im Gegenteil erhebliche Verschlechterungen. Die Unternehmer sind indes mit ihrem Erfolg bei den Ausschussberatungen noch nicht zufrieden; sie halten den Zeitpunkt bereits für gekommen, mit den Arbeiter- und Angestelltenausschüssen bei dieser Gelegenheit wieder gänzlich aufzuräumen, und sie sehen die Gegenrevolution für genügend entwickelt, um schon jetzt zum großen Schlag auszuholen. In einem vertraulichen Rundschreiben vom 23. Dezember 1919 der Metallindustriellen wird der Plan behandelt. Das Rundschreiben bespricht einleitend die bisherigen Beratungen im Parlament und in den Arbeitgeberzentralen, bespricht dann große Unzufriedenheit mit dem jetzigen Stand der Sache und fährt fort:

Damit ist die Frage aufgeworfen, ob die Industrie sich mit den gleichen Mitteln, mit denen sie von ihren politischen Gegnern angegriffen wird, verteidigen und selbst vor einer Stilllegung ihrer Betriebe nicht zurückweichen soll. Wenn auf andere Weise den Wirtschaftsorganismen liberale Hebergriffe nicht abgewendet werden können. Zur Klärung dieser Frage bitten wir um Stellungnahme zu folgenden Punkten:

1. Wie denken die Firmeninhaber Ihres Bezirks über die Anwendung der Stilllegung als äußerster Verteidigungsmittel?
2. Sollten Sie eine einheitliche Stilllegung für durchführbar?
3. Wie kann die Einmütigkeit der Industrie gegen Außenfeinde erzwingen werden?

Da die Entscheidung über das Betriebsrätegesetz infolge der Wehrmachtsferien hinausgeschoben ist, bleiben für jeden einzelnen Firmeninhaber noch Zeit und Gelegenheit, mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln auf seine Partei und auf den Abgang seines Wahlkreises einzuwirken und ihm die Folgen vor Augen zu halten, welche die Verabschiedung des Gesetzes in seiner vorliegenden Fassung nicht allein für die Wirtschaft, sondern auch für den Bestand der politischen Parteien, welche die Verantwortung für dieses Gesetz zu tragen haben.

Wir bitten Sie, die Mäße eines Briefes oder einer persönlichen Rücksprache mit bekannten Abgeordneten im allgemeinen Interesse nicht zu scheuen und der Firma A. Voris, Wn.-Teich, 8. Bd. von Herrn Dr. Detert, von dem Ergebnis Ihrer Schritte Mitteilung zu machen.

- A. Voris, Teich; Hornhals, Gr. Linden 6. Giebel; Beck u. Co., Dähren; Genschel u. Sohn, Rassel; Garthmann, Misana; Springer, Schwab.-Gmünd; F. Schickau, Götting; Erdmann, Bressan; Geh. Schmalz, Offenbach a. M.; Kühn, Schönebeck a. G.

Dieses Rundschreiben lüftet den Schleier von den wahren Absichten der Unternehmer. Dieselben Herren, die in der Aussprache mit dem Reichspräsidenten heuchlerisch ihren angeblichen Willen bekundet haben, die Produktion mit allen Mitteln zu steigern und die die Arbeiter anklagen, weil sie sich gegen die ihnen drohende Verelendung und Entredung zur Wehr ziehen, beabsichtigen, die Verabschiedung des Betriebsrätegesetzes zu einem großen Schlag gegen die der Arbeiterklasse noch verbliebenen Rechte zu benutzen.

Obwohl die Unternehmer wissen, daß das Betriebsrätegesetz gegenüber den Rechten, die die Arbeiterklasse bereits jetzt in den Betrieben besitzt, einen erheblichen Rückschritt darstellt, schreiben sie Peter und Mordeo, weil sie die Öffentlichkeit dadurch in den Glauben versetzen wollen, daß bei Annahme dieses Betriebsrätegesetzes die wirtschaftlichen Schwierigkeiten wachsen würden. In Wirklichkeit wollen sie die auf diese Art entfaltete Stimmung benutzen, um auch den letzten Rest des Mitbestimmungsrechts der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben zu beseitigen.

Die Unternehmer mögen sich gelobt sein lassen, daß die Arbeiterklasse ihre Absichten klar durchschaut, und daß sie auch die Kraft finden wird, ihrer Durchsetzung mit aller Macht zu begegnen. So leicht, wie die Herren sich das denken, wird ihnen der Feldzug nicht gelingen.

In diesem Zusammenhang verdient auch die Tatsache Erwähnung, daß das Organ der Schwerindustriellen, die

„Post“, die man wohl als sehr gut unterrichtet ansehen darf, mit der Aussprache der Industriellen mit dem Reichspräsidenten sehr zufrieden ist. Sie versichert zwar, es sei nichts darüber bekannt geworden, ob die mehrstündige Aussprache, welche sich an den Austausch offizieller Erklärungen angeschlossen, positive Ergebnisse gezeitigt hat oder erwarten läßt. Sie erklärt aber weiter:

„Mit Genugtuung wird man jedoch von der Versicherung des Reichspräsidenten Kenntnis nehmen, daß er so wohl wie die Reichsregierung auf die Mitwirkung der industriellen Leiter größten Gewicht legen, und daß eine regelmäßige Sichtung fortan mehr, als es bisher geschah, stattfinden solle.“

An dieser Erklärung ist mehrere interessant. Vor allem die Tatsache, daß die der Öffentlichkeit übergebenen Berichte lediglich den „offiziellen Meinungsabtausch“ darstellen, daß aber außerdem vieles besprochen worden ist, was man der Öffentlichkeit sorgsam verschweigt. Wenn die „Post“ der Regierung derart ihre Zufriedenheit ausdrückt, so steht unumwiderlegt fest, daß den Industriellen erhebliche Zugeständnisse gemacht worden sind, und daß die „Mitwirkung der industriellen Leiter“ und die „regelmäßige Sichtung“ für die Industriellen reiche Früchte tragen dürfte.

Die Arbeiterklasse weiß nun, was ihrer wartet.

## Proteststreik gegen das Betriebsrätegesetz im Ruhrbergbau.

Die technischen Angestellten des Ruhrbergbaus haben für den Tag der dritten Lesung des Betriebsrätegesetzes einen Proteststreik beschlossen. Da das Betriebsrätegesetz nicht die Mitbestimmung des Angestelltenrates bei fristlosen Entlassungen bringt, sind sie wieder der Willkür der Unternehmer ausgeliefert, denn diese sind in der Lage, sie infolge der schwierigen unterirdischen Verhältnisse wegen eines jeden Verstoßes gegen die bürgerlich-rechtlichen Vorschriften fristlos zu entlassen. Es handelt sich für sie um die Frage, ob sie die vorrevolutionären, unwürdigen Verhältnisse, unter denen sie auf Gnade und Ungnade den Grubenbesitzern ausgeliefert waren, wiederherstellen lassen wollen, oder ob es ihnen gelingt, die Nationalversammlung davon zu überzeugen, daß für sie das Betriebsrätegesetz mit der alleinigen Entscheidungsbefugnis des Unternehmers bei fristlosen Entlassungen unannehmbar ist.

## Herabsetzung der Brotkrone?

Bei Verhandlungen, die vor einigen Tagen in Stuttgart zwischen dem Reichswirtschaftsminister, den Ministern von Bayern, Württemberg, Baden und Hessen, für wirtschaftliche Fragen stattfanden, erklärte der Reichswirtschaftsminister Schmidt, wenn die Lieferungsprämien nicht die erhoffte Wirkung hätten, würden rechtzeitig Maßnahmen getroffen, wobei in erster Linie die Herabsetzung der Raten und die Erhöhung des Auswahlsatzes, daneben aber auch in bestimmten Grenzen eine Steigerung der Einfuhr in Betracht kommen.

Das ist das ganze Latein der Regierung! Neben der ungewohnten Einschränkung an dem Verbrauch der Lebensmittel, die durch die Erhöhung der Preise für die Masse der Bevölkerung erzwungen wird, auch noch die zwangsweise Herabsetzung der knappen Nationen. Vielleicht denkt einmal der Reichswirtschaftsminister darüber nach, wovon dann die Arbeiter arbeitsfähig sein sollen?

## Die Städte fordern Sicherung der Ernährung.

Die dem Ausschussrat der Reichsbrotbäckerei angehörigen Vertreter der deutschen Städte haben beim Vorsitzenden des Ausschussrats beantragt, letzteren schleunigst einzuberufen, um über den Vorrat und die Zufuhr der Reichsbrotbäckerei in einzelnen unterrichtet zu werden. Die deutschen Städte erachten die bisher abgegebenen Erklärungen nicht als ausreichend, um Sicherheit in der Brotversorgung auch nur für die nächste Zukunft zu bieten, und halten es für ihre Pflicht, sich davon zu überzeugen, ob die Eingänge in der Reichsbrotbäckerei sich entscheidend heben. Bisher liegt dafür ein Anzeichen nicht vor.

## Zur Rechtfertigung der Januar-erhebung.

Von Georg Ledebour.

Die revolutionäre Erhebung der Arbeiterklasse Berlins im Januar 1919 ist auch im „Vorwärts“ einer Verpöschung unterzogen worden. Sie ist natürlich auf den Ton gestimmt, daß damals die Unabhängigen und Kommunisten ganz frivolerweise einen Putz veranstaltet und damit den „Ausbruch des Bürgerkrieges“ auf ihr Gewissen geladen haben. Eine Verjüngung für diese Auffassung glaubt das Regierungsorgan in meinem Artikel vom 5. Januar entdeckt zu haben, da er angeblich „gegenüber dem sonstigen unabhängigen Gerede das offene Eingeständnis enthält, daß die Tat gewollt und beabsichtigt war“. Das Blatt zitiert dann noch aus meinem Artikel einige sorgfältig ausgewählte Züge, ohne meinen ausführlichen Nachweis der Regierungsprovokationen zu erwähnen und schließt diese Fälscherproben mit den Worten: „Damit sind Urheberchaft und Verantwortung für den Januarputz durch ein Zeugnis festgestellt, das auch für die Unabhängigen authentisch sein dürfte.“

Sunächst muß ich meiner Verwunderung Ausdruck geben, daß die „Vorwärts“-redaktion sich so stellt, als ob das, was ich in meinem Artikel über die Januarerhebung ausgeführt habe, etwas Neues wäre. Was ich da in knappen Sätzen gesagt habe, wurde von mir während der fünf-wöchigen Verhandlung vor dem Schwurgericht im Sommer vorigen Jahres in stundenlangen Erörterungen wiederholt klargestellt, daß nämlich die revolutionäre Arbeiterklasse Berlins gar nicht umhin konnte, den tödlichen Provokationen der rechtssozialistischen Regierung einen Widerstand entgegenzusetzen, der im Falle des Erfolges den Sturz dieser verräterischen Regierung hätte herbeiführen müssen. Der ausführliche Nachweis der Regierungsprovokation war ja gerade das Kernstück meiner Verteidigung. Vergessen kann der „Vorwärts“ das nicht haben. Wenn die Redaktion jetzt meinen abermaligen Hinweis auf jene Provokationen ihren Lesern zu verschweigen sucht, so entspringt dieser unwürdige Trick offenbar nur ihrer Spekulation darauf, daß diese Leser selbst nur kurz von Gedächtnis sind, um die Machenschaften der Redaktion zu durchschauen. Hat diese Spekulation Erfolg, dann wäre allerdings Hopfen und Malz an der Verjährung verloren.

So viel, was die Stellungnahme des „Vorwärts“ zu der Januarerhebung anbetrifft. Ich halte es aber auch für notwendig, mich mit Bemängelungen aufeinanderzubegeben, die dagegen in letzter Zeit in unseren eigenen Reihen laut geworden sind. Denn die Erinnerung an diese revolutionäre Tat ist ein viel zu großes Gut für die revolutionäre Arbeiterklasse Berlins und Deutschlands, als daß man deren Herabwürdigung durch die eigenen Parteigenossen unter der Decke weiterfressen lassen dürfte. Das könnte nur die Wirkung haben, in kommenden Zeiten die Entschlußkraft der Genossen zu lähmen. Um dem vorzubeugen, muß volle Klarheit geschaffen werden über die Januarbewegung.

So nannte Genosse Silberding vor einiger Zeit in einem Artikel die Januarerhebung „die Marneschlacht der deutschen Revolution“. Dieser Vergleich ist völlig unzutreffend und irreführend. Wäre er richtig, so wäre ja jener Silberdingische Trübseligkeitserguß der Grabesang der deutschen Revolution gewesen. Ihr Untergang wäre besiegelt, wie ja die verlorene Marneschlacht noch Eingeständnis des Generalsstabes des Reiches den Verlust des Feldzuges und damit des Weltkrieges besiegelt hatte. Ganz anders steht's mit der deutschen Revolution. Sie wurde in ihren Anfängen zunächst verpöchtigt wegen der Unbereitschaft der Führer, wie der Massen. Ich brauche den Nachweis hierfür hier nicht zu wiederholen. Die Januarerhebung dagegen war der erste entschlossene Versuch des revolutionären Proletariats, die Revolution der Verjüngung zu entreißen. Der Versuch endete mit einem taktischen Mißerfolg. Und doch war er unvermeidlich und notwendig zur Wiederbelebung des revolutionären Geistes. Seine Nachwirkungen dienen der Vorbereitung des künftigen Sieges der Revolution. Nicht eine Marneschlacht war die Januarerhebung, sondern ein erster, wenn auch unvoll-

## Frankfurter Vorstoß gegen die „Hindenburgstellung“ der Reaktion.

Mit besonderem Eifer läßt dann auch der Genosse Richard Müller sich angelegen sein, die Januar-erhebung herabzusetzen. So hat er in einer Vollversammlung der Groß-Berliner Arbeiterräte am 20. Dezember nach einem Bericht der „Freiheit“ darüber gesagt: „Der lebendigste Teil der Proletarier drängte damals nach Aktion, diese Stimmung fand in dem Januarputsch ihren Niederschlag. Aktionen und Parolen müssen verhängnisvoll werden, wenn sie bei den Massen keinen Boden finden.“

Es muß entschieden Verwahrung dagegen eingelegt werden, daß Genosse Müller sich erlaubt, die Massenerhebung des Berliner Proletariats, an der die Unabhängigen wie die Kommunisten bis auf geringfügige Abplitterungen nahezu vollständig beteiligt waren, einen „Putsch“ zu nennen. Er achtet damit mit den Gegnern, den Bürgerlichen wie den Rechtssozialisten und den Staatsanwälten nach, die in bewußt herabsetzender Weise beharrlich den Ausdruck „Putsch“ auf die Januarerhebung anzuwenden. Eine große Massenbewegung der Arbeiterkraft, die sich hohe Ziele, wie die Friedenserzwingung im Januar 1918 oder den Sturz einer Regierung im Januar 1919 steckt, ist niemals als Putsch zu bezeichnen. Unter Putsch verstehen wir Einzelaktionen lokalen Charakters, die nur auf Augenblickserfolge abzielen, an sich aber keinen grundstürzenden Umschwung bewirken können. Zwischen einer revolutionären Erhebung und Putsch ist derselbe Unterschied wie zwischen dem Generalstreik einer ganzen Industrie oder der gesamten Arbeiterschaft und den wilden Streiks, die, aus rein lokalen Ursachen geboren, bald hier, bald dort aufflachen und schnell verpuffen. Oder um ein militärisches Beispiel zu gebrauchen, sie verhalten sich zueinander wie ein planmäßiger Feldzug geordneter Heeresmassen zu einzelnen Ueberfällen in einem regellosen Vandalenkrieg.

Geplant war die Januarerhebung als eine Massenaaktion. Es ist auch absolut falsch, wenn Müller behauptet, sie hätte „bei den breiten Massen keinen Boden“ gefunden. Es waren am 5. Januar sicher ebenso große Massen auf den Weiden wie an dem erfolgreichen 9. November. Allerdings ist die Januarerhebung schwer geschädigt worden dadurch, daß die Genossen sich zu einzelnen Putschchen, wie die „Vorwärts“-Besetzung es war, gegen den Willen der Führung haben verleiten lassen. Das habe ich selber wiederholt auf das schärfste gerügt. Aber das erlaubt niemand, am allerwenigsten einen unserer Parteigenossen, die ganze revolutionäre Bewegung jener Tage als einen Putsch zu verunglimpfen. Mangel an Erfolg ist nicht das Kriterium für einen Putsch. Oder will etwa Richard Müller den Generalstreik im Januar 1918 und den Generalstreik im März 1919 gleichfalls „Putschchen“ nennen?

In besonders eigenartiger Weise findet sich dann auch der Genosse Däumig mit der Januarerhebung ab. Er ist mit dem Anspruch aufzutreten, in zwei Artikeln eine geschichtliche Darstellung der Entwicklung der U. S. P. D. zu einer revolutionären Partei bis zum Leipziger Parteitag zu geben. Diese Geschichtszählung kann ihren angeblichen Zweck nicht erfüllen. Dazu ist sie viel zu oberflächlich und auch in manchen Punkten völlig falsch, wie in der Darstellung der Vorgeschichte der U. S. P. D. während der ersten Kriegsjahre, was sich wohl daraus erklärt, daß Däumig an der Leitung der damals selbstverständlich geheimen Bewegung gar nicht beteiligt war.

Weshalb muß diese angeblich geschichtliche Darstellung aber in diesem Zusammenhang erwähnt werden? Nun, weil Däumig in der Darstellung des Entwicklungsganges der U. S. P. D. die Januarerhebung, durch die unsere Partei zum ersten Male den vollgültigen Beweis lieferte, daß sie revolutionär nicht nur redet, sondern auch handelt, und daß sie deshalb eine revolutionäre Partei wirklich ist, überhaupt nicht erwähnt hat. Er schweigt die Januarerhebung tot und schafft sich so Raum für die Darstellung, als ob erst durch die Leipziger Beschlüsse die U. S. P. D. das Anrecht darauf erworben hätte, als eine revolutionäre Partei zu gelten.

Mit seinem Löffelwegebenverfahren setzt sich Däumig in schönen Einklang mit der kommunistischen Partei Rufhorndes, die durch die nämliche Methode sich den Vorwand verschafft hat, die U. S. P. D. von der nach Moskau zusammenberufenen internationalen Konferenz auszuschließen, um sie dann in den Beschlüssen dieser Konferenz obendrein als eine nichtrevolutionäre Partei zu brandmarken. Man sieht, wie eng dieses Löffelwegebenverfahren Däumigs zusammenhängt mit der Taktik, die er selbst auf dem Leipziger Parteitag einschlug, als er den bedingungslosen Anschluß an die Moskauer Internationale befürwortete, unbekümmert um unsern Ausbruch von jener Gründungskonferenz. Damit kommen wir allerdings wieder auf die Frage der Selbstschätzung und der Parteiliebe, über die ich mich mit Däumig niemals verständigen werde.

Doch auch so ist immer noch nicht das sonderbare Verhalten Däumigs wie Richard Müllers gegenüber der bisher hervorragendsten revolutionären Aktion ihrer eigenen Partei restlos aufgeklärt. Diese Aufklärung ergibt sich aber aus der Tatsache, daß Däumig wie Richard Müller sich der Beteiligung an jener Aktion entzogen hatten. Als am Sonntag, dem 5. Januar 1919, nach Beendigung der gewaltigen Kundgebung des revolutionären Proletariats die revolutionären Delegierten zusammentraten zur Beschlusfassung, fand über die Frage, ob Widerstand gegenüber der Regierungsprovokation geleistet werden sollte, eine sehr lebhafteste Diskussion statt. Richard Müller und Däumig bekämpften die revolutionäre Aktion, sie glaubten nicht an einen Erfolg, sie sahen auch nicht ein, daß wir im Selbstverteidigungsinteresse unserer Partei unter allen Umständen genötigt waren, den Kampf aufzunehmen, komme, was da wolle. Ihre Gegengründe geltend zu machen, war natürlich ihr gutes Recht und sogar ihre Pflicht. Bei der Abstimmung entschieden sich etwa 80 Genossen für die Aufnahme des Kampfes, etwa 6, darunter Müller und Däumig dooregon. Während nun aber die anderen Opponenten in voller Loyalität gegenüber der revolutionären Körperschaft, der sie angehörten, sich dem Beschluß fügten und daher genau so gut ihre Kont zu Markte getragen haben wie wir anderen, erklärten Müller und Däumig, daß sie jede Beteiligung an den Kämpfen ablehnten und sich von der Bewegung zurückzogen.

Darüber hat es zwei Tage darauf, am 7. Januar, als die Verhandlungskommission der revolutionären Obleute

im Abgeordnetenhause erschien, eine sehr scharfe Auseinandersetzung mit Müller und Däumig gegeben. Wir sagten den beiden, daß ihr Verhalten nicht vereinbar sei mit der Zugehörigkeit zu einer revolutionären Organisation. Wer der Ehre gewürdigt wird, in einer solchen Körperschaft mitzuwirken, dürfe sich nicht zurückziehen in der Stunde der höchsten Gefahr, auch wenn gegen ihn der Beschluß zur Aufnahme des Kampfes ergangen ist. Da müsse jeder revolutionäre Kämpfer seine Pflicht erfüllen an dem Platte, wohin die Organisation ihn gestellt hat. Wollte der einzelne dann sagen, ich spiele nicht mehr mit, weil ihm der entscheidende Beschluß nicht paßt, dann verstoße das gegen die kampfgemeinschaftliche Treue; so führe man keine Partei, so diene man vor allem keiner revolutionären Bewegung.

Diese Vorkommnisse muß man kennen, um vieles zu verstehen, was sich nachher in unserer Partei abgespielt hat. Späterhin hat die Staatsanwaltschaft den Genossen Däumig wegen angeblicher Beteiligung an der Januarerhebung neben mir auf die Anklagebank zu zerrren gesucht. Meine Rechtsanwältin und ich haben uns sorgfältig bemüht, nachzuweisen, daß er völlig unbeteiligt an der ganzen Erhebung war, die er ja tatsächlich abgelehnt hat.

Man lege sich nun aber einmal die Frage vor: Was wäre geschehen, wenn wir anderen Führer der U. S. P. D. am 5. Januar 1919 genau so gehandelt hätten wie Müller und Däumig? Der Beschluß, den Kampf aufzunehmen, wäre doch ergangen; die kommunistische Partei hätte allein die Parole ausgegeben; von den Arbeitern, die großem und erbittert auf den Straßen Berlins zusammengedrängt waren, wäre keiner zurückgeblieben aus dem Kampf. Der Ausgang des Kampfes wäre zweifellos der nämliche gewesen. Dann wäre aber die ganze Schuld für den bösen Ausgang der Abwendung der Führer der U. S. P. D. in der Stunde der Gefahr aufgedrückt. Die U. S. P. D. wäre ein für alle Mal, zunächst in Berlin, erledigt gewesen; sie hätte überhaupt keine Zukunft mehr gehabt, denn ein Väterbundführer, die übriggeblieben wären, sind keine Partei. Wir hätten überhaupt nicht mehr die Möglichkeit zu einem „revolutionären Parteitag“ in Leipzig erhalten.

Müller und Däumig haben sich später gewiß große Verdienste erworben um die Provokation des Kämpfens und die Organisierung der Massen auf Grund des Rätekommunismus. Das soll ihnen nicht vergessen werden. Der entscheidendsten Zurückweisung bedarf jedoch der Versuch dieser beiden Genossen, ihre augenblickliche taktische Auffassung als die allein wahrhaft revolutionäre anzupreisen, trotzdem sie in der Stunde höchster Gefahr, als die revolutionäre Stimmung auf die Probe gestellt wurde, leider versagt haben. Denn die Treue im Kampf, die Treue gegen die revolutionäre Sache wie die Treue gegen die Mitkämpfer, ist die Kardinaltugend einer revolutionären Gemeinschaft. Man geht es daran, so ist die Bewegung zum Scheitern verurteilt. Ist diese opernhöllische Treue aber Gemeingut aller Genossen, so sichert sie ihnen den endgültigen Sieg.

## Sorgen der Millionäre.

Was für ein bedauerndwertiger Mensch ist heute doch der Millionär! Ihn plagt die Sorge um das Reichsnotopfer, um die Kaufsteuer, die seine Lebenshaltung so einschränkt, daß es dem Armen nicht möglich ist, Ersparnisse zu machen. Man spricht so viel von den Sorgen des Arbeiters, aber von den Sorgen der Millionäre, dessen bekümmerten Gesichtern der Übergangswirtschaft schweigend alle Welt, Reichsfinanzminister a. D. Gothein, Berggraf a. D. und Sachverständiger in allen Dingen des großen Kapitals muß erst seine Stimme erheben, um im Namen seiner sieben Brüder von der gleichen Zukunft die Gebrechen dieser „verschämten Armen“ der haunenden Umwelt zu künden: Man höre: Eine Rentiersfamilie von Mann, Frau und ganzen drei Kindern bleibt nach Entziehung von Kriegsalgabe und Notopfer und nach Verzögerung von Einkommensteuer und Kapitalertragsteuer nur 73.000 Mark zum Leben übrig. Davon kann man doch keine Ersparnisse mehr machen, wenn man im Tiergartenquartier wohnt und wohnen bleiben muß, weil man die teure Wohnung nicht los wird. Dazu kommt, daß man die teuren Scheichhandelsspeise zahlen muß. Eine Familie in einem niederrheinischen Städtchen mit 10.000 Mark Einkommen ist doch weit besser daran, wie eine Millionärsfamilie in Berlin B.

Aber unser Anwalt der Millionäre weicht auch Gehämiß gegen dieses Klassenelend der Billionenproletarier: Aufhebung der Zwangswirtschaft. Dann werden natürlich die Scheichhandelspreise verschwinden, wie es bei der Freigabe der Bier, des Leders und des Chites der Fall war! Dann werden nur noch Millionäre die Preise bezahlen können und daher werden die Waren im Ueberflus vorhanden sein.

Diese Klagen sind so rührend, zeugen von so viel Verständnis für die Leiden der Klassengenossen, daß sie sicher in den Herzen der Demokraten, der Praktikantengenosse des Herrn Gothein ein Echo finden werden, auch ein Nachhall in den Herzen der Rechtssozialisten ist ihnen gesichert, seitdem Porvus-Blatz Millionäre geworden sind. Es fehlt also nur noch, daß Herr Gothein sich mit einem Gleichgesinnten und Gleichschickenden zusammensetzt, und eine Klage Jeremie anstimmt, wenn auch nicht an den Wässern Babylon's so doch an den Gefilden des Neuen Sees.

Wenn die Arbeiter und Beamten eine Entlohnungskata entsprechend der jeweiligen Verteuerung der Lebensbedürfnisse verlangen, dann bringt das eine Unsicherheit in das Wirtschaftsleben, die der Handel nicht verträgt. Aber für die Millionäre versorgt Gothein, daß die Verstärkung eines Mannes mit 200.000 Mark Einkommen schon nach wenigen Wochen nachsprüht, das heißt wohl ermäßig wird, da die gewaltigen Preissteigerungen der letzten Wochen für Brotgetreide, Kartoffeln, Eisen und Kohlen seinen Aufwand ungeheuer vergrößern. Man sieht den Kapitalisten schon vor Augen, wie er sich und seine Familie die trockenen Bröckchen und Salzstücken zuzählt, wie er mit der Wäsche spart, auf mit Käselein verschlagenen Entlohnungsberumläufen usw. Ein Auto kennt er nicht mehr, Batter hat er schon seit Monaten nicht mehr gesehen, Fleisch kann er nicht mehr eichen, sogar die Elektrizität ist ihm zu teuer.

Das Fazit: Fort mit den Millionären. Wenn es keine Millionäre mehr gibt, dann gibt es auch keine Millionärsorgen mehr. Der Sozialismus, der das Kapitalverhältnis aufhebt, macht nicht nur den Sorgen der Arbeiterklasse ein Ende, sondern er wick auch Herrn Gothein von dem Altrud befreien, die ihm jetzt seine Millionen und die Villa im Tiergarten bereiten.

## Die Diktatur in der R. P. D.

Die „Note Bahne“ entzweit sich darüber, daß wir die diktatorischen Methoden der sogenannten Zentrale der R. P. D. anlässlich der letzten Sitzung des Parteiausschusses beleuchtet haben. Es sei eine Lüge, schreibt sie, daß sich der Parteiausschuss über die Forderungen der Opposition hinweggesetzt habe. Diese habe vielmehr an den Sitzungen teilgenommen und mit Ausnahme des Vertreters der Bezirke Nord und Nordwest der Resolution zugestimmt.

Diese Darstellung verfährt in irreführender Weise die ganze Streitfrage. Wir hatten die von der Informationsstelle der Gesamtopposition aufgestellten Forderungen mitgeteilt, die darauf hinausliefen, daß die Zulassung der Bezirke zu einer neuen Reichskonferenz nicht von der vorherigen Zustimmung zu den Leitfäden der Zentrale abhängen soll. Ueber diese Forderungen ist der Parteiausschuss glatt hinweggegangen, indem er sich auf den Standpunkt der Zentrale stellte. Ob die anwesenden Vertreter der Opposition dem zugestimmt haben oder nicht, ist gleichgültig. Die Tatsache, daß sich die Berliner Organisation gleichzeitig von der Zentrale getrennt und eine Leitung gewählt hat, die scharfe Gegnerin der Leitfäden ist, zeigt, wie wenig Anhang die Diktatur der Zentrale auf ihrem nächsten Tätigkeitsfelde findet.

Doch die sogenannte Zentrale ist nicht nur in Berlin allein florett. Vor wenigen Tagen schilderte Egon D. in der kommunistischen Arbeiterzeitung (Hamburg) die Situation in der R. P. D. so, daß die Opposition in der Partei die weitaus größte Majorität hinter sich habe, während die Zentrale nur einen kleinen Anhang besitze: „Das Bewußtsein der absoluten numerischen Ueberlegenheit, wie auch die mangelhafte theoretische Schulung der gesamten Partei hatten zur Folge, daß die Diskussion über diese für die R. P. D. lebenswichtigen Fragen höchst dürftig und ungenügend geführt wurde.“

Aus dieser Schwäche der Partei heraus bildeten sich in der Partei zwei Extreme, zwei Gegenpole, zwei Spaltungserbe, von denen der eine dem andern am liebsten aus der Partei hinausbugliert wollte.

Auf der einen Seite, die bis dahin noch von niemanden gewählte, sondern nur geduldet „Zentrale“, die alle Personen und Organisationen auszuschließen sich anschickte, die sich nicht willig und blindlings ihrer theoretisch fast ebenso mangelhaften wie organisatorisch ungenügenden Führung anvertrauen wollten.“

Auf der anderen Seite standen die beiden Hamburger Parteipäpste, Kauffenberg und Wolfheim, die sich schließlich in einem nationalen Volkshemdenrat vereint hatten, der jetzt, infolge der einseitigen Kritik, überwunden zu sein scheint.

Die Hamburger Opposition ist neuerdings von Kauffenberg und Wolfheim abgewandt. Sie denkt aber gar nicht daran, vor der Zentrale zu kapitulieren, die auf der letzten Reichskonferenz die Opposition einfach hinauswarf. Diese sucht sich vielmehr innerlich zu konsolidieren, um der Diktatur der Zentrale wirksamen Widerstand zu leisten.

Wie diese inneren Kämpfe ausgehen, ist in erster Linie Sache der R. P. D. selbst. Die sogenannte Zentrale hat aber angefangen der Wirren in der R. P. D. wesentlich keine Verantwortung, sich aus hohe Ruh zu setzen und die Niederlage ihrer eigenen Taktik durch Schimpfereien auf die U. S. P. zu demanteln.

## Verfälschungstat.

Die „Deutsche Tageszeitung“ weiß zu berichten:

Der 17. Ausschuss der Landesversammlung zur Vorbereitung des Groß-Berliner Eingemeindungsbeschlusses wird zwar, wie vorgesehen, am 12. d. M. zusammenzutreten, wird aber in eine sachliche Beratung der Materie nicht eintreten, da die Landesversammlung nicht über geeignete Räume verfügt. Wie wir aus Kreisen des Ausschusses hören, werden die Verhandlungen des Ausschusses mindestens sechs Wochen in Anspruch nehmen, auch die Demokraten haben jetzt beschlossen, den Entwurf einer eingehenden Beratung zu unterziehen. An ein Inkrafttreten des Gesetzes zum 1. April ist auf keinen Fall zu denken, da das Plenum im März kaum noch zur Vorläufigen Stellung nehmen wird und vor allem für Berlin und seine Vororte die Vorbereitungen für die Umwandlung sich in so kurzer Zeit nicht bewerkstelligen lassen.

Weil also angeblich die Räume der preussischen Landesversammlung nicht geeignet sind, soll die Beratung des Gesetzesentwurfes Groß-Berlin unmöglich sein? Es ist kennzeichnend für die unklaren Absichten, die mit starken Kräften am Werke sind, daß solche jadenkloppigen Gründe sich überhaupt in die Öffentlichkeit tragen. Doch ein Inkrafttreten des Gesetzes am 1. April auf keinen Fall zu denken ist, ist bis jetzt mehr der Wunsch der Gegner des Entwurfs, als vollendete Wirklichkeit. Immerhin zeigt diese Notiz, daß die Freunde des Entwurfs die größten Anstrengungen machen müssen, um die Verträge, die sachliche Beratung zu verhindern, zurückzuschlagen.

## Er war zu Haus.

Genosse Oehme schreibt und:

Endlich, nach 14 Tagen, nachdem er bereits mehrere längere Artikel im „Vorwärts“ verfaßt hat, findet der Herr Ministerdirektor Krüger Worte der Antwort auf meine Frage an ihn über die Ereignisse in der Nacht vom 23. um 24. Dezember 1918 in der Reichsängerei. Herr Ministerdirektor Krüger glaubt, daß es am einfachsten sei, sich dadurch aus der Schlinge zu ziehen, daß er behauptet, überhaupt nicht anwesend, sondern zu Hause gewesen zu sein. Diese Ausrede dürfte ihm mißlingen. Ich erkläre hiermit zunächst, daß Herr Krüger, sofern er seine Aussage nicht als einen „Jertum“ aufzufassen beliebt, in unerhörter Weise die Unwahrheit sagt und die Tatsachen entstellt. Ich hoffe, daß er mir Gelegenheiten geben wird, ihm vor Gericht nachzuweisen, daß er mir und Ledebour sowie einem Teil der Abordnung in der Nacht vom 23. zum 24. Dezember auf der Treppe zu den oberen Stockwerken der Reichsängerei in Anwesenheit des diensthabenden Portiers die Mitteilung machte, daß Herr Ebert nicht anwesend sei. Ich werde Herrn Krüger vor Gericht auch die Feigen vorführen, die diese meine Aussage bestätigen werden. Da doch irgend jemand mir die Mitteilung, die ich an Ledebour weitergab, daß Ebert nicht im Hause sei, gemacht haben mag, so wäre es vielleicht nunmehr die Aufgabe der Reichsängerei, nach der Aussage des Herrn Ministerdirektors Krüger den wahren Unbekannten zu finden, der der Abordnung der Retrospektiven und mir in der Reichsängerei die Mitteilung gemacht hat, daß Ebert nicht anwesend sei. Herr Ebert selbst dürfte sich ja kaum zur Hebermittlung dieser Unwahrheit vor dem Genossen Ledebour geigt haben. Es fehlt nur noch eine Antwort, nämlich die des Herrn Reichspräsidenten, dann dürften die Beteiligten sich nunmehr endgültig durch ihre Aussagen so in Widerspruch verwickelt haben, daß ihre Unwahrheiten klar zutage treten.

# Die militärische Lage Denikins.

Von ununterrichteter Seite wird uns geschrieben: Der Winter 1919 steht die militärische Macht der Sowjetrepublik gefestigter denn je. Judentisch ist geschlagen, Kollisch auf dem Rückmarsch und auch die Offensivdenikins erfolglos beendet. Neben dem Babanque-Unternehmen des Generals Judentisch liegen die größten Hoffnungen der antisowjetischen Entente in diesem Sommer auf dem Siegeszug des Generals Denikin. Es ist deshalb nicht ohne Wert, heute, da dieser Siegeszug als beendet gelten muß, einen kurzen Rückblick auf das Denikin-Unternehmen zu werfen.

Nach dem Sturze des Hetmanns Skoropadski gerieten sich die Anhänger des alten tschakanischen Rußlands, die unter dem Schutz des Hetmanns in Kiew Zuflucht gefunden hatten, nach allen Richtungen. Ein Teil zog sich nach Südbolnien zurück und flüchtete vor dem später nachdrängenden Bolschewischen bis in das Gebiet der Kuban-Kosaken. In Jekaterinodar bildeten sich unter Führung der Generale Kornilow, Alexejew und Denikin eine Freiwilligentruppe, die sich hauptsächlich aus ehemaligen zaristischen Offizieren rekrutierte und später durch den Anschluß von Kuban- und Don-Kosaken verstärkt wurde. Mit dieser, kaum einige tausend Mann starken Truppe, unternahmen die drei Generale, unterstützt vom tschakanischen Volle eine Offensive gegen die Bolschewisten. Der Vormarsch wäre kaum gelungen, wenn nicht die Bolschewisten im Gegensatz zu der heutigen Politik Denikins damals noch versucht hätten, die Nationalisierung des Grund und Bodens in der Ukraine durchzuführen. Mit dieser radikalen Politik konnten sie in dem weiten Gebiete der Ukraine keinen Fuß fassen. In ihren Händen waren nur die Städte und die Eisenbahnstülpunkte. Während die Landbevölkerung, zum größten Teil aus Kleinbauern bestehend, sich zu selbstständigen Verbänden zusammenschloß, um ihren Grund und Boden gegen die Sozialisierung zu verteidigen. Durch diese Aufstände auf dem Lande wurde die Herrschaft der Bolschewisten in der Ukraine erschwert, nur so konnte Denikin einen erfolgreichen Vormarsch mit seiner geringen Truppenmacht antreten. Ihm und Kornilow gelang es bald, ihre Macht über das ganze Kuban- und Don-Kosaken-Gebiet zu erstrecken. Nach deren ersten Erfolgen erhielt er schnell die Unterstützung der Entente, die einen neuen Bundesgenossen in der Bekämpfung des Bolschewismus erblickten sah. So mit Waffen und Munition ausgerüstet errangen die beiden Generale namhafte Erfolge gegen die Bolschewisten. Im Frühjahr 1919 standen die Freiwilligen, nach dem Tode Kornilows von Denikin befehligt, ungefähr an der Linie Rostow am Don, Nowo-Tscherkassk, Jartysyn an der Wolga. Von dort aus unternahm Denikin eine Offensive gegen die Bolschewisten und drang in kurzer Zeit bis über die Linie Bolkowa und Charlow vor. Durch Zustrom von neuen Freiwilligen und Aushebung von Truppen in den von ihnen besetzten Gebieten verstärkte er seine Armee und war bald mit englischer Hilfe den Bolschewisten auch in bezug auf die Ausrüstung und das Kriegsgerät bei weitem überlegen, zumal die Bolschewisten damals heftige Kämpfe in Nordbrabant, in Sibirien gegen Kollisch und in der Westukraine gegen die Truppen Petljuras zu bestehen hatten und deshalb nicht genügend Kräfte zur Bekämpfung Denikins heranziehen konnten. Dieser verfügte über eine starke Armee, die sich hauptsächlich aus Don- und Kuban-Kosaken, sowie aus Angehörigen der früheren russischen Armee, die sich ihm gezwungen oder freiwillig angeschlossen hatten, zusammensetzte. Ende August 1919 — zur selben Zeit als die russische Nordwest-Armee des Generals Judentisch ihre Operationen gegen Petersburg begann — war Denikins Vormarsch in nördlicher und nordwestlicher Richtung am weitesten fortgeschritten. Seine Truppen hatten die Städte Orel, Wjanski und Jelech genommen, standen südlich von Tula und Denikins Generalstabsbericht führte eine ständige Kubrik: „In der Richtung auf Moskau“. In der Tat war damals die Lage sehr bedrohlich, es bestand die Gefahr, daß es Denikin, der inzwischen nach Verdrängung der ukrainischen Truppen Petljuras auch Kiew besetzt hatte, gelänge, Moskau zu erobern.

Es zeigte sich sehr bald, daß die militärischen Erfolge Denikins weniger auf die Leistungen seiner Armee als auf die schon erwähnten Aufstände der ukrainischen Bauern zurückzuführen waren, und weder die Zusammenziehung und der Zustand seiner Armee noch die Art der Verwaltung, die er in den besetzten Gebieten übte, konnten eine sichere Grundlage seiner weiteren Erfolge werden. Der immer reaktionärer werdende Kurs seiner Verwaltung im Gebiete der Kuban- und Don-Kosaken und in der Ukraine forderte die Bevölkerung dieser Gebiete zum offenen Widerstande gegen Denikin heraus. Auch in seine Armee mehrten sich die Zeichen der Zersetzung. Die Kuban-Kosaken, die bisher einen der wichtigsten Bestandteile der Denikinischen Armee ausgemacht hatten, weigerten sich an dem Vormarsch teilzunehmen und auch unter den Don-Kosaken, der Kerntruppe Denikins, wuchs beim Ausbleiben der Erfolge die Unzufriedenheit. In der Ukraine und im Kubangebiet brachen Aufstände aus, zu deren Bekämpfung größere Truppenmengen notwendig waren, so daß Denikin nicht mehr imstande war, Verstärkungen an die Front zu schaffen. Nebenbei waren inzwischen die Unternehmungen der russischen Nordwestarmee Wälg mißglückt und Trojtsk konnte einen großen Teil seiner Reserven gegen Denikin heranziehen. Das Kriegsglück wendete sich und Denikin mußte den Rückzug antreten. Innerhalb weniger Wochen räumte er ein Gebiet in einer Tiefe von über 800 Kilometern und zog sich eiligst nach Süden zurück.

Anfang Dezember begann der Rückzug hastig zu werden und die Armee ging zu großen Teilen in Auflösung über. Die rote Armee schied die Hauptrichtung ihres Anstiebes von Nordosten nach Südwesten an und drang mit dem Zentrum über Charlow und Bolkowa bis zum Dnjepr vor. Der linke Flügel hat bereits Don und Dnepr überschritten, die Stadt Lugansk ist nach den letzten Nachrichten in den Händen der roten Armee, so daß diese nur noch wenig mehr als 200 Kilometer vom Hauptquartier und Regierungssitz Denikins in Rostow entfernt ist. Hier im Räume von Rostow liegt die Hauptbasis der Denikinischen Armee. Da die bolschewistischen Truppen die Dnjeprlinie bereits erreicht haben — Jekaterinodar dürfte heute bereits in ihrem Besitz sein und über Kiew sind sie längst hinaus — so besteht für die Denikinische Armee die Gefahr, von ihrer Operationsbasis abgeschnitten zu werden. Denikin ist daher gezwungen, seine Truppen hauptsächlich vom linken Flügel her nach Südbolnien rückwärts zu ziehen. Er räumt also in diesen Tagen Wolhynien und Podolien.

Dieser Rückmarsch wird dadurch bestätigt, daß selbst die schwachen Kräfte, die Petljura noch zur Verfügung hat und die kürzlich durch die Truppen Denikins fast gänzlich gerettet waren, sich wieder im Vormarsch befinden und das Gebiet besetzen, das Denikin räumt. Ist die Lage militärisch insofern schon äußerst ungünstig, als die Operationsbasis ganz auf dem äußersten rechten Flügel der Armee Denikins liegt, so wird sie besonders gefährlich durch die Aufstände der Bauern, die im Rücken des Zentrums der Denikinarmee seine rückwärtigen Verbindungen zerstückeln. Die Kräfte und ganz Taurien sind im Auf-

stande gegen Denikin und es ist sehr zweifelhaft, ob es ihm gelingen wird, seine Armee durch die schmale Pforte, die eigentlich nur noch zwischen Jekaterinodar, wo holländische Truppen stehen, und Jekaterinodar, das schon zum Aufstandsgebiet gehört, nach Osten zum Kubangebiet zurückzuführen, zur Heimat seiner besten Truppen — der Kuban-Kosaken. Uebrigens scheint auch dieses Gebiet nach den vorliegenden Nachrichten bereits im Aufstande zu befinden. Angesichts dieser militärischen Lage ist es äußerst unwahrscheinlich, daß es Denikin gelingen könnte, den wichtigen Hafen Odessa zu halten. Selbst dieser aber verlor, so ist für eine neue Operation die Basis so sehr verengt, die Zufuhr für die Truppen, die dann nur noch durch das schwarze Meer erfolgen könnte, so erschwert, daß eine neue Offensive höchst unwahrscheinlich wäre. Man muß deshalb darauf gefaßt sein, daß die Engländer versuchen werden, mit Hilfe der Rumänen Odessa zu halten. Jedes weitere derartige Verweilungsmaßnahme das Schicksal der Denikinarmee nicht mehr aufhalten können. Selbst bei vorläufiger Bewertung der Nachrichten aus der Ukraine muß die Lage Denikins als verwickelt und hoffnungslos angesehen werden. Wenn die Bolschewisten es verstehen, besser als beim ersten Male sich die Sympathien der ukrainischen Landbevölkerung zu erwerben, so ist das Denikinunternehmen ebenso erledigt, wie das Kollischs im Osten.

## Eine Filmzensur.

Der Nationalversammlung wird in der nächsten Zeit ein Gesetzesentwurf zugehen, durch den eine Filmzensur geschaffen werden soll. Das gegen die Auswüchse des Kinowesens etwas gekochene muß, darüber ist man sich selbst in den Kreisen der Kinointeressenten klar. Die Regierung will aber jetzt denselben Weg beschreiten, der von der Regierung her noch in sehr klarer Erinnerung ist. Der Entwurf für die Filmzensur hat folgenden § 1:

„Die Zulassung ist zu verweigern, wenn die Vorführung geeignet ist, die öffentliche Sicherheit oder Ordnung zu gefährden, oder das religiöse und sittliche Empfinden der Zuschauer zu verletzen, oder verstoßend zu wirken.“

Wenn die Erlaubnis zur Aufführung eines Filmes auch schon gegeben worden ist, so kann doch die Triapolizei noch ein Verbot erlassen.

Wenn besondere örtliche Verhältnisse die Annahme rechtfertigen, was gerade in dieser Gemeinde die Vorführung des Filmes durch ihre Wirkung auf die Zuschauer die öffentliche Sicherheit oder Ordnung gefährden würde.“

Die „Deutsche Filmgenossenschaft“, das Organ des Zentralverbandes der Film- und Kinoangehörigen Deutschlands, fragt, was gegenüber diesen Bestimmungen die Zwangsverbände der Prüfungsstellen bedeuten würden. Trotz allem würde wieder der Schuhmann als Erzähler des Volkes auftreten. Das Blatt berichtet dann aus einer Sitzung von Regierungsvorstellern mit den Kinointeressenten, daß ein Vertreter der Angestellten die Angeordneten der Sittlichkeitsvereine anfragt: „Was ist sittliches Empfinden? Gibt es denn dafür eine allgemeine Formel?“ Und prompt sei von einem weißhaarigen Männerbündler die Antwort gekommen: „Wer fragt, was „sittliches Empfinden“ sei, der hat keines im Versteck.“ Es schaute in dieser Sitzung nur so von überirdischen Wrasen, wie sie seit der Regierung zum Wortschatz des Wandertums gehören. In dem Kampfe gegen diese widerwärtige Gekränktheit seien die Filmfabrikanten mit ihren Trabanten total kompromittiert, denn sie kämpften nicht für die Freiheit des Schaffens, sondern für den Profit. Das Organ der Angestellten verlangt, daß, wenn schon geistiges Schaffen zensuriert werden müsse, so solle man es nicht durch profitlüsterne Kapitalisten, sondern durch die geistigen Arbeiter selbst beurteilen lassen.

Dazu ist noch zu bemerken, daß keine Bestimmung in dem Gesetz kommen darf, die wie der Passus von der „öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ auf Umwegen eine kleine Umsturzvorlage schaffen will. Auch die Bestimmung über die örtliche Sonderzensur muß fallen, sonst würden in den schwarzen Wäldern die skrifalen Wälder und Zeloten alles unterdrücken, was irgendwie eine freigeitliche Auffassung fördern könnte. Aber auch die beste Filmzensur wird dem Uebel nicht an die Wurzel gehen können. Solange das Kino dem Privatkapital zur Ausbeutung überlassen bleibt, wird es trotz aller Zensurbestimmungen kein besseres Gesicht zeigen.

## Auslandschiebungen mit Regierungshilfe.

Während in der Presse des langen und breiten das Problem erörtert wird, wie dem deutschen Ausverkauf ins Ausland zu steuern sei, gehen die Engländer schon längst über die Reichsgrenze hinaus weiter. In ganz skandinavischer Weise beteiligen sich auch Regierungsinstitute daran: trotz der Not an allen Bedarfsgegenständen im Lande selbst. Während man entlassene Soldaten, Kriegsbeschädigte und Interdisse durch Verweigerung der Verabschiedung von Bekleidungsgegenständen schloß allen Unbilligen der Winterung überläßt, wird die Lager erschöpft, oder ihnen gänzlich als Lumpen anbietet, werden große Vögel, unter Textilen zu billigen Preisen von Regierungsinstituten exportiert. In einer letzten Anfrage in der Nationalversammlung wird dazu ein geradezu skandalöser Beleg erbracht. Sie enthält die Abreise eines Exzeleus des Reichswehrverwaltungsamtes, Landesstabschef, Sachsen an das Verbandsamt XII, Abt. Volk, in Dresden, in dem dieses Beauftragte wird, einem Exzeleus Anweisung zur Ausbeutung gegen Vergütung von 10.000 Reichsmark, wovon 5.000 Reichsmark zum Preise von 2,50 M. das Stück, 10.000 Stück andere Bekleidungsgegenstände zum gleichen Preise, 10.000 Paar Anwärmer zu 2,- M. das Paar und 10.000 Paar Pulswärmer zum Stückpreise von 0,50 M. an den Käufer, eine holländische Firma in Bandoord, zu geben.

Ueber einen ähnlichen Fall, der die behördlich gut geheißene Ausfuhr von Bekleidungsgegenständen betrifft, hat die Unabhängige Fraktion der Regierung Material unterbreitet. Wie lange soll eigentlich der Stand dieser Verhältnisse notwenigster Bedarfsgegenstände zu Spottpreisen an das Ausland noch dauern? Die ganze Unfähigkeit der jetzigen Regierungsinhaber zum Renausschub der gezeichneten deutschen Wirtschaft zeigt sich auch in solchen Beispielen.

## Die Rückständigkeit der Frauen.

Wel der Wahl eines Oberbürgermeisters in Eisenach entfallen bei der Abstimmung auf den Kandidaten der Unabhängigen Sozialdemokratie, den Genossen Fleißner. 2845 Stimmen von männlichen Wählern und 3776 von weiblichen Wählern. Der bürgerliche Kandidat erhielt nur 3703 männliche, aber 3377 weibliche Stimmen. Die Wahl des bürgerlichen Kan-

didaten erfolgte also durch die Stimmabgabe der Frauen. Diese Leute, die alle Erfahrungen besitzen, sollte bringend beachtet werden.

## Abkehrung denischer Grenzvor schläge.

Am 24. Oktober hatte die deutsche Regierung den Obersten Rat in einer Note erwidert, der internationalen Kommissionsrat für die deutsch-polnische Grenze erweiterte Vollmachten und eventuell die Möglichkeit zu geben, von der im Friedensvertrag vorgesehenen Grenzlinie abzuweichen. Auf eine neuerliche Anfrage des denischen Vertreters in Paris wurde ihm am 6. Januar in einer Note vom 8. mitgeteilt, daß den deutschen Vorschlägen, die den Friedensvertrag in Frage stellen würden, nicht Folge gegeben werden könne.

Ebenso hat, wie W. Z. V. meldet, General Le Roed am Dienstag die deutsche Note über das Gultschiner Gebiet vom 3. November dahin beantwortet, daß der Oberste Rat die Ablehnung der Bitte der Gultschiner Bevölkerung auf Einbeziehung ihres Gebietes in die oberösterreichische Abstammungszone beschließen habe.

## Verbrüderungsabsichten.

In der „Deutschen Zeitung“ ist kürzlich der Abgeordnete Groeie für den Zusammenschluß der Deutschnationalen Partei und der Deutschen Volkspartei eingetreten. Nach seiner Ansicht könnten diese beiden Parteien ihre programmatischen Grundzüge getrost miteinander austauschen, ohne daß einer der beiden Teile dadurch in Verlegenheit geriete. Dieser Anschauung kann man durchaus zustimmen. Beide Parteien verfolgen das gleiche Ziel, das Deutsche Reich in seinen alten Grenzen zurückzuführen und den früheren Machthabern wieder zur Herrschaft zu verhelfen. Sie teilen sich in die Arbeit insofern, als die Deutschnationalen mehr die Interessen der Agrarier vertreten, während die Deutsche Volkspartei, ebendenn der rechte Flügel der Nationalliberalen, in der Hauptsache sich der Bedürfnisse der Großindustriellen annimmt. Eine Verbrüderung würde nur größere Klarheit im bürgerlichen Parteileben schaffen.

Die Nationalliberalen Correspondenz, das parlamentarische Organ der Deutschen Volkspartei irrt sich allerdings noch ein wenig gegen diese Verbrüderung mit den Freunden von dem andern Falakt. Sie gibt zu, daß im Kampfe gegen die Lebenswindung der demot. allien und sozialdemokratischen Parteien wirtschaftlich ein taustliches Zusammengehen notwendig sei. Aber ein außerordentlich großer Anteil des liberalen Wählerums würde doch den Anschluß an eine Partei scheuen, die doch noch in den alten konservativen Partei wurzelt. Der Umwandlungsprozess der sich durch die Abkehr von der demokratischen Partei vollziehe, würde dadurch gestört werden. Doch zwischen den Deutschnationalen und den Deutschen Volksparteilern im wesentlichen kein Unterschied besteht, gibt die Correspondenz insofern auch zu, als sie sagt, daß nur aus solchen Gründen von einer Verbrüderung abgesehen werden müsse. Dagegen betont sie, daß die Deutsche Volkspartei mit den Demokraten solange nicht zusammengehen könnte, als sie ihren eigenen Kurs beibehalten.

Wenn auch zwischen den Parteien der Rechten und den Vereinen der Regierung noch gewisse Differenzen bestehen, so darf man doch nicht übersehen, daß sie in ihren Zielen das gleiche tun. Sie arbeiten an der Wiederherstellung der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Die hauptsächlichsten Differenzen entstehen über die Staatsform und die Ausübung der Staatsgewalt. Vom wirklichen Liberalismus ist bei der Deutschen Volkspartei ebenso wenig zu finden, wie vom Sozialismus bei der Volkspartei.

## Der Stand unserer Wahta.

Der Rückgang der Waht ist in der letzten Zeit zu m Stillstand gekommen. Gegenüber den letzten Kurven ist jetzt sogar eine leichte Besserung eingetreten. Immerhin bewegt sich das letzte Kurven noch unter den Kurven von Mitte Dezember. Die Besserung ist allemal nachdem nach auf die Tatloche zurückzuführen, daß das Ausland damit rechnet, daß die Kreditgewährung amerikanischer Kapitalisten an deutsche Kapitalisten zustande kommt. Auch beurteilt man im Auslande die jetzt von der Entente angedachte Einführung der Goldzölle günstig.

Das Reichs-Auswanderungsgesetz wird nunmehr in den nächsten Tagen der Nationalversammlung zugehen. Die klaren Erfahrungen der ersten deutschen Auswandererzüge, namentlich in Südamerika, lassen den verstärkten Schutz der Auswanderer vor Ausbeutung durch schwindelische Anstaltungsstellen um so dringender erscheinen, als der internationale Rechtschutz der deutschen Auswanderer im Ausland infolge Bestehens von besonderen Verträgen mit den Einwanderungsstaaten noch viel zu wünschen übrig läßt.

Die deutsch-holländischen Verhandlungen über den Abschluß eines Kohlenlieferungs- und Kreditabkommens haben am Mittwoch im Haag wieder begonnen. Die Schwierigkeit des Abschlusses beruht angeblich darin, daß es zweifelhaft sei, ob Deutschland infolge der Verpflichtungen durch den Friedensvertrag zu einem Kohlenlieferungsabkommen mit Holland bereit ist.

Beihilfe für die Hinterbliebenen der ermordeten Matrosen. Wie die „P. V. N.“ erfahren, ist für die Zahlung von Beihilfen, welche die Hinterbliebenen der in der Französischen Straße erschossenen Matrosen vom Meide erhalten sollen, die Abwidmungsbekanntmachung des früheren Oberbefehlshabers, Abteilung 2b, Berlin, Donostheinitz, 78. 8. Treppen, zuständig.

Haftentlassung des Schweizer Staatsrats Grimm. Wie die Berner „Tageszeitung“ meldet, sind die Staatliche Genosse Grimm und Schneider am Dienstag aus der Haft entlassen worden. Beide waren anlässlich des letzten Generalkongresses zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden. Ihre Haft ist eigentlich erst am Donnerstag ab, aber der Bundesrat verfürzte aus Angst vor den die Gefangenen erwartenden Arbeitern die Haft um zwei Tage und entließ sie in aller Eile.

Eine französische Ausgabe der deutschen Verfassung. Das französische Justizministerium hat für die Pariser Friedenskonferenz eine Uebersetzung der neuen deutschen Verfassung herstellen lassen, die mit einem Vorwort des Universitätsprofessors Carnoude in Kürze erscheinen wird.

Die Bolschewikenaucht in Amerika. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat gegen den Vertreter der russischen Sowjetrepublik Maerlens einen Befehl zur Deportierung erlassen.

**Auch die politischen Gegner**  
halten die  
**„FREIE WELT“**  
für die beste deutsche illustrierte  
Wochenschrift  
30 Pfennig Überall zu haben



# Die Eisenbahnerbewegung.

## Verhärzung des Streiks im Westen.

Dortmund, 8. Januar.

Hier hat sich die Lage im Eisenbahnerstreik verschärft. Sämtliche Arbeiter der Eisenbahnhauptwerkstätten, etwa 3000 Mann, streiken. Auch auf der Güterabfertigung des Hauptbahnhofes sind sämtliche Arbeiter anständig. Der Güterverkehr kann nur in ganz geringem Umfang aufrechterhalten werden. Der Personenverkehr hat bis jetzt nur geringe Einschränkungen erfahren.

Essen, 8. Januar.

Der Ausstand der Eisenbahnerarbeiter im hiesigen Bezirk hat sich weiter ausgedehnt. Auf dem Bahnhof Mülheim (Ruhr) wird nur teilweise gestreikt, so daß der durchgehende Verkehr noch nicht lahmgelegt ist. Auf dem Dortmunder Hauptbahnhof sind sämtliche Arbeiter in den Ausstand getreten. Der Betrieb wird vollständig aufrechterhalten. Auf der Strecke Dortmund-Hauptbahnhof—Münster—Hamm liegt der Betrieb infolge der Ausdehnung des Streiks im Elberfelder Bezirk still. Der Zugverkehr zwischen Witten und Hagen ist völlig unterbrochen.

Düsseldorf, 8. Januar.

Nach der vollständigen Einstellung des Personenverkehrs auf der Rheinbahn, begann, wie die „Düsseldorfer Nachrichten“ melden, ein gewaltiger Ansturm auf die nach Benrather führenden Straßenbahnwagen, sowie auf die Waggons der Duisburg—Mettmann-Kleinbahn, die über den Knittag nicht ganz bewältigen konnten. Der Güterverkehr ruht bisher nahezu vollständig. Falls in der Frage der Lebensmittelfuhrer nicht bald eine Regelung erfolgt, drohen ernste Ernährungsschwierigkeiten. Ganz besonders schwierig wird durch die Einstellung des Güterverkehrs die Lage der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, sowie der meisten industriellen Betriebe, da diese Werke über keinerlei Vorräte verfügen. Wenn nicht bald eine Einigung erfolgt, drohen die Folgen des Eisenbahnerstreikes katastrophal zu werden.

## Die Darstellung des Eisenbahnministers.

Berlin, 8. Januar.

Über die Lage in den durch die Bewegung der Eisenbahner in Mitleidenschaft gezogenen Bezirken wird aus dem Eisenbahnministerium mitgeteilt, daß der Streik im Direktionsbezirk Elberfeld mit gleicher Schärfe anbauert. Im Essener Bezirk wird weiterhin nur an wenigen Stellen gestreikt. Die Frankfurter Hauptwerkstätte arbeitet normal. Die Hauptwerkstätte Nied bei Frankfurt a. Main erzielt dagegen äußerst schlechte Arbeitsergebnisse, da dort nach wie vor passiver Widerstand herrscht. Da sich bereits um letzten Gehet gebildet, hat die Direktion Frankfurt a. Main sich mit den zuständigen Besatzungsbehörden in Verbindung gesetzt, damit von dieser Seite die notwendigen Maßnahmen ergriffen werden. Die Direktion Elberfeld hat Anordnungen getroffen, die den notwendigen Verkehr, wie er zur Milchversorgung ufm. unentbehrlich ist, sicherstellen sollen.

Das Eisenbahnministerium hat der Öffentlichkeit schleunigst Mitteilung darüber zu geben, was es beabsichtigt, daß die Direktion Frankfurt a. M. sich mit den Besatzungsbehörden in Verbindung gesetzt hat. Wollen die Eisenbahnerstreikenden sich etwa mit den „Feinden“ verbünden, um die Eisenbahnerbewegung niederzuschlagen?

## Der Verlauf der Verhandlungen.

Berlin, 8. Januar.

Amlich wird mitgeteilt: Die Verhandlungen über den Lohnsatz mit den Eisenbahnerorganisationen nehmen auch weiterhin einen guten Verlauf. In den letzten Tagen ist Einverständnis über die Bildung von Lohnrichtgruppen in den Eisenbahndirektionsbezirken Köln, Saarbrücken, Elberfeld und Essen erzielt worden. Ferner hat eine Einigung darüber stattgefunden, daß der Unterschied im Stundenlohn zwischen den einzelnen Lohnrichtgruppen 20 Pf. betragen soll.

## Eine Erklärung des Eisenbahnerverbandes.

Berlin, 8. Januar. (W. Z. B.)

Der Allgemeine Eisenbahner-Verband erlaubt uns um Veröffentlichung einer Erklärung, in der es heißt, daß er einen Eingriff in die kühnenden Tarifverhandlungen gar nicht gestattet habe. Wohl aber seien neben den im Gange befindlichen Tarifverhandlungen von der Eisenbahnerverwaltung Abschlüsse, zahlungen gewährt worden, die wegen der vielfachen Differenzierung starken Unwillen erregt hätten. Diese Differenzierung habe in der Hauptsache den Anlaß zu dem weitläufigen Eisenbahnerstreik gegeben. Schon die bloße Tatsache der Vermittlung des Reichsarbeitsministers in der Frage der Abschlagszahlung, wodurch die kühnenden Tarifverhandlungen in keiner Weise berührt wurden, hätte nach der Ansicht der Verbandleitung die notwendige Berücksichtigung geschaffen.

## Die Stellung der rechtssozialistischen Presse.

Von der Ortsverwaltung Frankfurt a. M. des Deutschen Eisenbahnerverbandes wird uns geschrieben:

Der „Vorwärts“ und auch andere rechtssozialistische Zeitungen bringen folgende Notizen:

Es wirkt außerordentlich sonderbar, daß ausgerechnet die Unabhängigen die sofortige Einberufung der preussischen Landesversammlung zur Regelung der Eisenbahnerlöhne beantragt haben.

In der jetzigen Bewegung unter den Eisenbahnern ist noch zu bemerken, daß sie vor allem von den Einflüßelungen und Sympathien geführt wird und sich vor allen Dingen gegen die Gewerkschaften richtet.

Dazu haben wir zu erklären: Wir führen einen wirtschaftlichen Kampf zur Verbesserung der Lebenshaltung unserer Mitglieder. Politische oder anti-gewerkschaftliche Tendenzen spielen dabei ganz aus. Wollen sich die Rechtssozialisten an der U.S.P. reiben, so mögen sie gefälligst unsere ernste Bewegung nicht damit verknüpfen.

Oder sollte der Gedanke vorherrschen, mit solchen Mitteln unsern berechtigten Kampf zu lähmen? Was nützen und dann ein paar Scheinheilige Sätze, die von berechtigten Forderungen sprechen, wenn die öffentliche Meinung absichtlich und mit Vorbedacht gegen uns mobil gemacht wird? Stellt sich die rechtssozialistische Presse wirklich die Aufgabe, Arbeiter bei Lohnkämpfen in die Arme zu fallen? Sind die maßgebenden Stellen denn von allen Geistern verlassen?

# Der Streik der Versicherungsangestellten.

Der Streik der Versicherungsangestellten hat gestern früh prompt eingesetzt. Die Beteiligung am Streik kann auf etwa 90 Prozent geschätzt werden. Da die Gewerkschaftsbünde am Freitag ebenfalls den Streik proklamieren dürften, könnten die Großbetriebe völlig lahmgelegt sein. Eine Ausnahme werden nur einige kleine Betriebe machen, die über vorwiegend „alte Herren“ verfügen, die lieber derlungen werden als für ihre Rechte und für ein ordentliches Gehalt zu kämpfen. Diesen Verrätern an ihren Klassenangehörigen ist nicht zu helfen.

In werden sind 10 200 Streikende für Groß-Berlin gegenüber 600 Arbeitswilligen. Die Gewerkschaftsbünde geben heute in die Betriebe, um über Wiederbesetzung der Arbeit abzustimmen.

Wie die „P.R.“ an zuständiger Stelle erfahren, scheint sich die Annahme, daß der Streik im Versicherungsgewerbe einer baldigen Beilegung entgegensteht, nicht bewahrheiten zu wollen. Die zu erwartende Bereitwilligkeit, den Gegenstand des Konflikts aus der Welt zu schaffen, scheint zwar auf Seiten der Arbeitnehmer, nicht aber auf Seiten der Arbeitgeber vorhanden zu sein, da letzterer sich trotz mehrfacher Anregung im Laufe des gestrigen Tages nicht zu Verhandlungen bereit erklärt haben. Sowohl im Interesse der zunächst Beteiligten, wie auch im Interesse des Volksgutes wäre dringend zu wünschen, daß von keiner Seite einer baldigen friedlichen Lösung des Konflikts Hindernisse in den Weg gelegt werden.

## Schutz der Arbeitswilligen.

„Die Sickerheitswehr greift nicht in wirtschaftliche Kämpfe ein.“ So erklärte vor einigen Tagen der ehemalige Sozialdemokrat und jetzige Volkstagspräsident Eugen Ernst. Mit dem Ein-

setzen des Streiks war aber auch die Schutzgarde des Kapitals auf dem Plan, die Sickerheitswehr, die angeblich den Kampf gegen das Berliner Verbrechen aufnehmen soll. Wie dieser Kampf gegen das Verbrechen aussieht, sehen wir beim Metallarbeiterstreik und sehen wir jetzt bei dem Streik der Versicherungsangestellten.

Die Streikposten der Angestellten fanden vor den Betrieben, hielten mustergetreue Ordnung und lärtten arbeitswillige Kollegen auf, ihren kämpfenden Neheitsbrüdern nicht in den Rücken zu fallen. Nirgends waren Zwischenfälle zu beobachten und doch kamen die „Grünen“. In der „Victoria“ wurden 150 Sickerheits-soldaten mit 3 Maschinengewehren und 2 Flammenwerfern untergebracht. Zur Sperrung der Straßen brachten Lastautos spanische Reiter. Die Maschinengewehre stehen schühbereit auf den Dächern des Autos. Ein Flammenwerfer, der im Hause gebraucht werden sollte, wurde auf Veranlassung der Vertrauensleute zurückgezogen. Sickerheitsoldaten mit Handgranaten und teilweise auch Maschinengewehren befinden sich in folgenden Gesellschaften: „Nehmisch-Schlesische“, „Friedrich-Wilhelm“, „Bayer“, „Deutsche Transport“, „Deutscher Lloyd“, „Pravda“, „Berliner“. In letzterer wurden die Mittel der Unternehmer, die „Grünen“, recht ausgiebig mit Kasse und Krug bewirtet, außerdem erhielt jeder warme Würstchen. Verschiedentlich wurden die Streikposten verjagt, vor der „Victoria“ sogar tödlich angegriffen. In einem Falle „beschäftigen“ 9 Sickerheitsoldaten und Offiziere 8 Arbeitswillige. Auf fast allen Direktionen sitzen schwarzeoffiziere Sickerheitsoldaten.

Herr Ernst, ist das der Kampf gegen Verbrechen? Billige Vorbehalte zum Schutze des Kapitals „Technische Notfälle“ und „Sickerheitspolizei“. Zur Niederhaltung der Arbeiterkraft, Betriebsrätegesetz und Antistreibgesetz.

Wie aus dem Zentralsverband der Angestellten mitgeteilt wird, sind ihm Zwischenfälle nicht gemeldet worden. Die im „Sollt-Abendblatt“ wiedergegebenen Meldungen über Tätlichkeiten sind nachweislich unzuverlässig und dienen lediglich tendenziösen Zwecken, um das Ansehen der Sickerheitswehr zu rechtfertigen.

## Der Streik im Reich.

Automatisch treten mit dem heutigen Tage auch im ganzen Reich die Angestellten des Versicherungsgewerbes in den Ausstand. Es kommen über 90 Orte in Betracht, die als Sitz der Versicherungsangestellten zum Streikgebiet werden.

Die Leipziger Versicherungsangestellten haben sich dem Berliner Streik bereits angeschlossen und traten gestern schon gleichfalls in den Ausstand. Es kommen dort etwa 2000 Angestellte in Betracht.

Die Dresdener Versicherungsangestellten haben erst in einer gestern abend stattgefundenen Versammlung über den Eintritt in den Streik beraten. Nach der Abstimmung zu urteilen, werde sie bestimmt den Anschluß an den Streik beschließen haben.

Die Frankfurter Versicherungsangestellten haben ebenfalls beschlossen, mit dem heutigen Tage in den Streik zu treten.

Aus Stuttgart wird gemeldet, daß der Streik der Versicherungsangestellten dort reiblos durchgeführt wird. In Köln, das am befinden sich die Versicherungsangestellten ebenfalls schon im Streik.

In den übrigen größeren Städten werden am heutigen Freitag die Angestellten ebenfalls in den Ausstand treten. Mit den Städten des besetzten Gebietes hat die Streikleitung, wie wir erfahren, bisher keine Verbindung.

## Die Forderungen des Arbeitgeberverbandes.

Der Zentralverband der Angestellten hat bekanntlich auf Einwirken des Reichsarbeitsministeriums sein Einverständnis dazu erklärt, daß auch die übrigen Angestelltenorganisationen, welche Versicherungsangestellte vertreten, zu den neuen Tarifverhandlungen des Versicherungsgewerbes hinzugezogen werden. Das Reichsarbeitsministerium hat dies dem Arbeitgeberverband Deutscher Versicherungsunternehmen mitgeteilt und ihn um seine Stellungnahme hierzu ersucht.

Der Arbeitgeberverband hat jedoch noch wie vor an seinen übrigen Forderungen fest. Er verlangt vom Zentralverband der Angestellten die schriftliche bindende Erklärung, daß dieser den von ihm aufgestellten Tarifvertragsentwurf fallen läßt und insbesondere auf seine Forderungen hinsichtlich des Mißbilligungsrechtes verzichtet, soweit sie über das Betriebsrätegesetz hinausgehen. Ferner müsse der Arbeitgeberverband verlangen, daß die Arbeit sofort in allen Betrieben bedingungslos wiederaufgenommen wird. Streiktage werden nicht bezahlt. Falls diese Forderungen erfüllt werden, will der Arbeit-

geglos, während letzte Hoffnung in keinem Herzen erwachte. Das Feuer währte noch etwa eine Viertelstunde an, doch war Jimmie viel zu müde, um über den Trichter zu spähen. Doch einer Weile hörte er schwache Schritte und sah zwei Männer in den Trichter springen. Ein Blick genügte ihm, — es waren Amerikaner.

## VIII.

Ja, zwei Amerikaner befanden sich im Granatrichter. Jimmie hatte ihrer so viele Laufende gesehen, daß er seiner Sache gewiß war. Im Vergleich zu den kriegserfahrenen Poilus wirkten sie wie Soldaten aus einem Modesblatt an; glatt rasiert, mit langem Mann, schmalen Hüften und anderen Eigenheiten, die einem zum Bewußtsein brachten, daß die eigene Heimat doch die Heimat und der beste Ort auf der Welt sei. Und oh, die herrliche, geschäftliche Gemütsart dieser Modesblatt-Soldaten! Sie sprachen kein Wort, sahen sich nicht einmal um, warfen sich nieder und begannen zu schießen. Man brauchte gar nicht nachzuschauen, ein Blick auf die Gesichter der beiden genügte, um zu wissen, daß sie auch trafen.

Nach etlichen Minuten sprangen zwei weitere Amerikaner in den Trichter. Ohne ein Wort oder ein grüßendes Nicken gingen sie an die Arbeit. Als die Munition aufzugehen drohte, karrte einer in den Wald hinein, und ein Mann kam mit neuem Vorrat gelaufen.

Später kamen noch drei. Es mußte jetzt bereits weniger Deutsche geben, denn die Neuangekommenen fanden Zeit zu sprechen.

„Wir hätten dort hinter einer Diste halten sollen“ — bemerkte der eine — „aber, zum Teufel...“

„Es sind noch mehr Deutsche vor uns —“ warf ein anderer ein, „machen wir uns an sie heran.“

„Ja, ebenso gut jetzt wie später.“

„Weiß du nur da und laß dir den Finger verbinden“ — rief der erste.

„Rühmer! dich um deine eigenen Finger!“ — lautete die Antwort.

Und dann entbedte einer Jimmie. „Das ist ja ein Dankel! Was machen denn Sie hier?“

(Fortsetzung folgt.)

77)

# Jimmie Higgins.

Roman von Upton Sinclair.

Aus dem Manuskript übertragen von Hermynia Jür Mähten.

## VII.

Nun hatte aber auch der einzig übriggebliebene Franzose genug. Er packte Jimmie beim gesunden Arm, rief: „Venez! Venez!“ Dies hieß augencheinlich: „Laufen wir fort!“ Jimmie wollte gar nicht fortlaufen, doch plärrte der Franzose so ruck, sog so heilig an Jimmies Aermel, daß dieser, halb betäubt vor Schmerz, sich fortzerrten ließ. Nach wenigen Schritten sahen sie einen toten Soldaten, ein Gewehr an der Seite, auf der Erde liegen; der Franzose hob das Gewehr auf, rief sich den Gürtel mit der Munitionstasche ab und warf sich hinter einen Felsen. Jimmie erinnerte sich an den Revolver, den er um den Leib geschmalt trug, und hielt ihn dem Franzosen hin. „Ich nicht kann, ich nicht verhebel!“ — sagte er in hysterischer, als glaube er, der Franzose müsse leichter schlechtes Englisch als gutes Englisch verstehen! Der Franzose verstand Jimmies Kopfschütteln und zeigte ihm, wie man die Sicherung öffnete und den Hahn vorne. Mit gelenkigen Fingern rief er Jimmies Hemdärmel auf und verborg den Arm mit einer Wunde, die er seinem Tornister entnahm. Dann legte er die Wunde auf den Felsen, versuchte die verdammten Wunden und begann zu feuern.

Jimmie raffte allen Mut zusammen und blickte über den Felsen hinaus. Die grauen Gestalten waren bereits ganz in der Nähe, und Jimmie erkannte, den Wunden nach, die er gesehen hatte, daß es Deutsche seien. Sie kamen gerobestweß, unaufhörlich lachend, auf ihn zu, und Jimmie feuerte keinen Revolver ab, doch schloß er die Augen, weil er vor der eigenen Waffe Angst hatte. Da ihm jedoch nichts geschah, öffnete er sie wieder, kloß oberwärts. Und nun sah er einen großen Deutschen, irre starrte auf sich zu. Das Vorhaben dieses Deutschen war ganz klar: er wollte kein Charles Bonnet Jimmie in den Leib rennen. Selbstverweisse verpöhl Jimmie völlig keine politischen Prinzipien, — er kloß und sah, wie der Deutsche fiel.

Auch von hinten dröhnten jetzt Schüsse auf; ansetzend war der Wald voller Franzosen, und es fiel dem Feind schwer, vorzudringen. Jimmies Gefährte schnekte auf und begann zu laufen. Jimmie folgte ihm. Nach etwa hundert Yards stießen sie auf einen Granatrichter, in dem ein halbes Dutzend Poilus hockte. Jimmie purzelte hinein, die Männer sagten ihm unverständliche Worte und gaben ihm Patronen. Als die Deutschen naheten, beteiligte sich Jimmie oberwärts an der Arbeit. Eine Kugel rief ihm von der Schläfe einen Haarstrang fort, ein explodierendes Schrapnell ließ fast sein Trommelfell bersten, doch kloß er ruhig weiter. Sein Herz war jetzt ganz bei der Arbeit, er wird die Deutschen aufhalten, oder plaken! Mit zwei verwundenen und drei heilen Franzosen hielt er den Granatrichter über eine Stunde. Einer der Männer kroch heraus, brachte neue Munition und eine Flinte für Jimmie, die er derart legte, daß dieser nur mit einer Hand schießen konnte. Und Jimmie kloß und kloß, halb tot, von Pulverrauch halb geblendet und erstarrt.

Die verdammten Wunden stürzten oberwärts, und die Leute im Granatrichter wupften, dies sei das Ende. In Schwärmen drangen die grauen Gestalten vor, ihre Flintenkugeln fielen wie Hagel nieder. Jimmie kloß sich zu warten, bis der Feind nahe genug war, um mit dem Revolver getroffen zu werden. Er kauerte da, betrachtete einen Franzosen, dessen Leben mit dem Blut aus emer Brustwunde ausfloß, dann kloß er seine ganze Ladung ab. Und noch immer stürzten die Deutschen vor.

Jimmie war bereits so erschöpft, daß ihm alles gleichgültig schien. Ausblöden (?) er einen gewaltigen Deutschen, der gerade auf ihn zielte. Jimmie kloß die Augen, wartete auf die Kugel, und plötzlich fiel der Deutsche krachend auf ihn nieder.

Jimmie meinte, nun bin ich bestimmt tot; ist dies schon das andere Leben? Doch schien es weder Himmel noch Hölle zu sein, und allmählich merkte er, daß der Deutsche stöhnte und sich hin und her wälzte. Jimmie schaute auf, erblickte einen zweiten Deutschen über den Trichter geneigt; am nächsten Augenblick krachte die graue Gestalt und fiel auf ihr Gesicht.

Anscheinend gibt es da hinten noch Leute, die es mit den Deutschen aufnehmen, dachte Jimmie und verhartete

gebeten in Verhandlungen eintreten.

Das bedeutet eine empfindliche Abnahme der Forderungen der Streikenden, und so dürfte denn ein hartnäckiger Kampf entbrennen. Wenn die Angehörigen so tapfer aushalten, wie sie in den Streik getreten sind, dürfte es ihnen auch gelingen, den Herrenstandpunkt des Unternehmerverbandes zu brechen. Ein Teil der Unternehmer ist immer noch willens, mit den Angestelltenorganisationen in Verhandlungen einzutreten. Einige dem Arbeitgeberverbande nicht angehörende Firmen haben sich im Laufe des gestrigen Tages bereit erklärt, ihre Angehörigen auf der Basis des Magdeburger Entwurfes zu beschäftigen. Die von Arbeitgeberseite bekämpfte Unerfüllbarkeit der Forderungen des Magdeburger Entwurfes wird damit am besten widerlegt.

### Die Haltung der Bankbeamten.

Der Streik der Versicherungsangestellten dürfte wohl dazu führen, daß die Bankbeamten sich mit den Versicherungsangestellten sol darsich erklären, wie es in Stuttgart bereits geschehen ist. Die Tarifverhandlungen im Bankgewerbe sind noch nicht wieder aufgenommen, da die Verhandlungen immer wieder verlagert wurden, solange der Reichsverband der Bankleitungen, eine Institution der Großbanken, noch im Leben gerufen war. Eine Sitzung, die zum Beginn der Verhandlungen angelegt war, wurde nur durch die Personaldirektoren der Großbanken besucht, und deshalb waren die Verhandlungen nicht möglich. Ueber die Solidaritätserklärung der Stuttgarter Bankbeamten wird sich der Allgemeine Verband der Bankbeamten in seiner nächsten Sitzung schlüssig werden. Im großen und ganzen ist aber den Verbänden als Gewerkschaftsorganisation die Marichroule schon gegeben. Es steht also zu erwarten, daß sie sich früher oder später doch mit den Versicherungsangestellten zu einer gemeinsamen Aktion verbinden werden. Es ist zu erwarten, daß der Kampf ein schwerer sein wird, denn der Widerstand von der Gegenseite ist sehr stark. Der Verband der Oberbeamten hat um Anschließ an die beiden großen Beamtenorganisationen nachgesucht. Dieses Gesuch ist jedoch abgelehnt, weil die Aufnahme der Oberbeamten als unstatthaft bezeichnet wurde.

## Gewerkschaftliches.

### Die Reaktion im Reichsvertretungsamt.

Vom Zentralverband der Angestellten wird uns mitgeteilt: Täglich wird der Zentralverband von Angestellten des Reichsvertretungsamtes aufgesucht, die Schutz verlangen, und immer wieder führt man auf Widerstand des Herrn Ministerialdirektors Raug.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir noch darauf hinweisen, daß die gesamten Angestellten des Reichsvertretungsamtes zum 21. März gekündigt werden. Ein Teil ist bereits gekündigt worden, weil das Reichsvertretungsamt in eine Aktiengesellschaft umgewandelt werden soll. Die Angestellten n. a. u. s. f. verlangen mit Recht, daß sie zu den Verhandlungen über die Personalfrage herangezogen werden sollten, was Herr Ministerialdirektor Raug aber abgelehnt hat. Gerade beim Reichsvertretungsamt dürfte es am Noth sein, mit einem Besen auszukehren.

### Achtung, Metallarbeiter!

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß zum Zwecke der Beitragszahlung von über 4 Wochen verbleibendem Beiträgen das Bureau Linienstraße 83/85 vom Freitag, den 9. Januar 1920, ab jeden Freitag, Sonnabend und Montag, auch in der Zeit von 4 bis 7 Uhr abends, geöffnet ist. Es werden nur Beiträge über 4 Wochen angenommen.

### Achtung, Töpfer!

Zwischen den Vertretern der in Frage kommenden Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen ist am 7. Januar d. J. bezüglich der Lohnbestimmungen folgendes vereinbart worden und treten diese neue Bestimmungen am 5. d. Mts. in Kraft: Die Teuerungszulagen erhöhen sich: bei Zeitlohnarbeiten von 180 auf 240 Prozent, so daß der Gesamtlohn 4,25 M. beträgt, für Akkordarbeiten: bei Löhnen von 200 auf 260 Prozent und bei Gehältern von 230 auf 290 Prozent. Die neuen Bestimmungen gelten bis auf weiteres.

Zentralverband der Töpfer u. Berufsgen. Deutschl., Filiale Groß-Berlin.

### Arbeitslosenversammlung der Gastwirtsgehilfen.

Eine stark besuchte Versammlung der arbeitslosen Gastwirtsgehilfen am Donnerstag besaßte sich mit der Lage der Arbeitslosen und wie am besten der herrschenden Not und Arbeitslosigkeit gesteuert werden könnte. Wiederholt wurde nachdrücklich betont, daß unter den Arbeitslosen einzelne Elemente vorhanden seien, die die Einrichtung der Erwerbslosenunterstützung ausnützen und erschweren wären. Der größte Teil der Arbeitslosen verlange aber stürmisch nach Arbeit, große Massen leiden seelisch bei dem Almosenempfang.

Auf dem Arbeitsnachweis seien große Mängel festzustellen. Schätzungen seien an der Tagesordnung. Es seien entschieden zu viele Beamte auf dem Nachweis. Ein Beamter könne sehr gut den Dienst versehen, die anderen sollten die Betriebe kontrollieren, die keine Kräfte beim Nachweis anfordern.

Scharfe Angriffe wurden gegen den Vorstand des Gastwirtsgehilfenverbandes erhoben, der sich um die Arbeitslosen überhaupt nicht kümmere, auch die Vertretung der Arbeitslosen nicht anerkenne. Alle Verbandsvorsteher würden sich bei Verhandlungen von den Unternehmern traktieren lassen. Gegen jede Art von Verband trat in der Versammlung ein hartes Mißtrauen entgegen. Ein Verbandsvorsteher wurde ausgeschloffen, und Diskussionen, die für die Verbände eintraten, wurden niedergeschrien.

Eine von den Arbeitslosen eingesetzte Kommission soll die Betriebe kontrollieren, um festzustellen, in welchen Betrieben noch Arbeitslose untergebracht werden können. Sache der Arbeitslosen sei es, mit den jeweils in-sprechenden Mitteln der Selbsthilfe dafür zu sorgen, daß Einstellungen erfolgen und nicht mehr Reizner 10 bis 20 Stunden am Tage arbeiten und auf der anderen Seite 8000 Gastwirtsangestellte auf der Straße liegen.

### Lohnbewegung der Kohlenarbeiter.

Gestern abend besaßte sich eine starkbesuchte Versammlung der Kohlenarbeiter mit der zum 1. Januar erfolgten Tarifänderung. Der Vorstandleiter P. A. H. erörterte ausführlich den von der Vertrauensmännerversammlung ausgearbeiteten Tarifentwurf. Der Entwurf steht unter anderem eine durchschnittlich 33prozentige Lohnsteigerung vor. Der Entwurf wurde einer von der Versammlung gewählten Lohnkommission übergeben, die die Verhandlungen mit den Unternehmern zu führen hat.

Anschließend gab Dringel einen Bericht über die Arbeiterkonferenz, die über einen Reichsarif verhandelt habe. Die aufgestellten Richtlinien seien einer Kommission überwiesen worden, die auf Grund dieser Richtlinien den Tarif ausarbeiten soll. Ueber den Entwurf soll eine neue Konferenz beschließen.

Genosse N. o. s. wies auf den Erst der Zeit hin, behaupte das Betriebsrätegesetz und die Erhöhung der Lebensmittelpreise. Möglicherweise erfolge in nächster Zukunft der Ruf zur Aktion an die Arbeiterschaft. Darauf gelte es schon jetzt sich vorzubereiten, damit im gegebenen Moment der Erfolg bei der Arbeiterschaft liegt.

Graphisches Gemetzel. Von Sonnabend von 4 bis 7 Uhr bei Baum, Stallstraße 47: Blokausgabe und Auskunfterstellung. — Bloß Nr. 6 ist erschienen und abzuholen.

Einen scharfen Erfolg konnte die macht- und kraftvoll vorstrebende Opposition der Landruder im Bezirk Osten des Berliner Gewerkschaftsverbandes. Nicht allein, daß sie den gesamten Vorstand oppositionell besetzen konnte, wurden auch sämtliche von der Opposition vorgeschlagenen Delegierten zur Generalkonferenz, welche der Bezirk 4 zu entscheiden hat, mit überreicher Majorität gewählt. Dies möge den anderen Bezirken ein Ansporn sein, daß durch immerwährende Aufklärungsarbeit auch die Buchruder zu Massen kämpfern erzogen werden können.

Die Hand- und Kopfarbeiter bei der städtischen Nord-Südbahn verlangen eine Erhöhung der jetzigen Bezüge um 100 Prozent. Die Privatfirmen erklären, die Forderungen aus eigenen Mitteln nicht bewilligen zu können, weshalb die Antragsteller sich an den Magistrat gewendet haben, damit er die Verhältnisse trage. Es besteht die Gefahr, daß die Arbeiten, die mit Rücksicht noch fortgeführt werden, noch mehr eingestrichen werden.

Die Arbeiter auf den städtischen Gütern und Nebenbetrieben haben bei der Stadt Lohnforderungen gestellt.

Niede, Welkensee. Freitag vorm. 10 Uhr Betriebsversammlung im „Präsidenten“, Weihensee.

## Groß-Berlin.

### Aus dem Berliner Stadtparlament.

Sachgemäß wurde in der ersten Sitzung des neuen Jahres der Vorstand der Stadtverordnetenversammlung genehmigt. Die bürgerliche Vereinigung gab zuvor die Erklärung ab, sie werde sich weder an der Wahl, noch an der Besetzung der Posten beteiligen. Zu Vorstehern mit gleichen Rechten wurden wiederum Genosse Dr. Wehl und der Rechtssozialist Heilmann gewählt.

In Abwägung der weiteren Tagesordnung wurde nach kurzer Aussprache der Vorlage zugestimmt, die das Mißbrauchsrecht der städtischen Beamten umgestalt.

Eine weitere Vorlage des Komitats sah eine Erhöhung der Aus- und Krankenkassen in den städtischen Krankenhäusern vor. Namens unserer Fraktion beantragte Genosse Dr. Wehl unseren ablehnenden Standpunkt. Gerade in dieser Zeit, wenn sich die Folgeerscheinungen des Krieges in gesundheitlicher Hinsicht besonders stark äußern, sei solche einschneidende Maßnahme völlig verfehlt. Auch volkswirtschaftlich verleihe sie eine Verteuerung des Gesundheits- und Arbeitsfähigkeitsdenks. Und schließlich sei die kostenlose Krankenpflege eine soziale Pflicht der Allgemeinheit. Der Rechtssozialist Dr. Kollwitz mühte diesen Gesichtspunkten vollständig beizupflichten, dennoch empfahl er im Auswege seiner Fraktion eine Erhöhung der Sätze von 4 auf 6 Mark. Der Magistrat hatte 7 Mark beantragt. Der Stadtkämmerer konnte zwar den Argumenten unseres Redners die volle Berücksichtigung nicht verweigern, aber die gewünschte Steigerung der Zuschüsse zu dem Krankenhausunterhalt, die im vergangenen Jahre 22 Millionen betragen hätten, wurde eine Erhöhung der Sätze unumgänglich. Die Steigerung sei unter Berücksichtigung des gesunkenen Geldwertes eine sehr bescheidene. Im Verlauf der längeren Auseinandersetzung besaßte der Stadtkämmerer die Unerschämtheit, die trostlose politische und wirtschaftliche Lage auf die Politik der Verbredner, die unserer Partei naheständen, zurückzuführen. Das rief fürmlichen Protest bei unseren Vertretern hervor. Da der Redner höhnisch verweigerte, seine Worte zurückzunehmen, wurde der Tumult schließlich so heftig, daß die Sitzung auf 15 Minuten vertagt werden mußte. Inzwischen wurde im Stenogramm der genaue Wortlaut festgehalten, und der Redner gab die Erklärung ab, er habe kein Mitglied der Versammlung treffen wollen. Beschlossen wurde, für Erspardene 6 Mark, für Arbeiter 4 Mark pro Tag zu erheben. Zu den bereits bewilligten 1,8 Millionen Mark für Kriegshinterbliebenenfürsorge wurden weitere 1 Million Mark bewilligt.

Dann wurde in die erste Beratung des Entwurfs einer erhöhten Publizitätssteuer eingetreten. Es sollen danach auch ausnahmslos Theatervorstellungen, Konzerte, Vorträge, Vorlesungen, wenn auch zu ermäßigten Sätzen, so doch anlangend mit 5 Prozent und progressiv anlangend schon bei 10 Mark auf 24 Prozent anlangend. An Einnahmen erwartet der Kämmerer 20 Millionen im Jahre. Die Vorlage wurde einem Ausschuss überwiesen, nachdem Genosse Jubelt unsern ablehnenden Standpunkt begründet und in wirksamer Weise gekennzeichnet hatte, wie kulturfeindlich die Vorlage ist und wie die Privatvermögen der Reichs-, der Kriegspensionler, Schieber und Bucherer, wo Speisen und Getränke kostenlos verabreicht werden und kein Eintrittsgeld erhoben wird, vollständig freigegeben sind.

### Arbeitslose vor dem Rathaus.

Vor Beginn der gestrigen Stadtverordnetenversammlung sammelte sich eine Anzahl Arbeitsloser vor dem Rathaus, die auf Grund von Einladungszeitern, unterzeichnet „Der Arbeiterrat der Arbeitslosen“, zu einer gemeinsamen Kundgebung aufgefordert waren, um zu erreichen, daß die Forderung Anerkennung „Insel“. Auf der Tagesordnung der Sitzung stand nicht, was in Verbindung mit den Arbeitslosen hand, weshalb allgemeine Verwirrung unter den Stadtverordneten zum Ausdruck kam. Es erschien im Rathaus eine Deputation von Arbeitslosen, die verlangte, daß ihre Angelegenheit noch in der diesmöglichen Sitzung behandelt werden sollte. Der Stadtverordnetenvorsteher Genosse Dr. Wehl setzte auseinander, daß das nicht möglich sei, daß der Ausschuss über die Bewilligung von Zuwendungen an Widerstandsmitteln am Freitag und das Plenum am Dienstag tage. Es wurde zugesichert, daß mit allem Wohlwollen getan werde, was möglich sei. Das wurde dann der dringenden Forderungen der Arbeiter unter Es ist ungewiss, ob die weite Kreise der Bevölkerung unter der Leitung entliehen werden und daß die Arbeitslosen, vor allem die schon viele Monate ohne Arbeit sind, in großer Notlage sich befinden. Es fragt sich, wie hier zu helfen ist. Eine Reihe von Gemeindefürsorge haben vor Weihnachten den Bedürftigen in der Gemeinde Zuwendungen gemacht in Höhe von 20, 30, 50 und 75 Mark und teilweise noch darüber. Berlin war im Mitleidstande und sollte nicht zurückbleiben. Nun hat, wie uns berichtet wurde, der Magistrat sich bereit erklärt, eine Million Mark bereit zu stellen. Mit dieser Million dürften Verheiratete mit Kindern in erster Linie berücksichtigt werden können, aber bei der großen Menge der Bedürftigen, und dazu können auch Leute mit vielen Kindern und schlechtem Verdienst gehören, wird auf den einzelnen so wenig fallen, daß es sich kaum lohnt. Ein Tropfen auf den heißen Stein. Wirkliche Hilfe kann unserer Meinung nach die Gemeinde kaum leisten und keine Trankgelber sind keine Hilfe. Hier müßte das Reich erneut in den Beutel greifen. Sache des Reichs ist es, bei dieser Teuerung auch den Erwerbslosen Teuerungszuschläge zu

Unterstützung zu gewähren und zwar tausend. Alles andere sind kleine Mittelchen, die den Arbeitslosen nicht helfen, sie nur täuschen oder in ihnen den Glauben erwecken, es würde was getan, während sie in Wirklichkeit nur hingehalten werden.

### Die Kohlenversorgung der Berliner Industrie.

Bei den Siemens-Schuckert-Werken in Siemensstadt, die am Dienstag Mittag infolge Kohlenmangels ihre Produktion schließen mußten, ist im Laufe des gestrigen Tages eine beschränkte Menge von Kohlen eingetroffen, weitere Kohlenlieferungen sind vom Reichskommissar in Aussicht gestellt worden. Wenn sich diese Zufolge erfüllt, dann werden die Werke am heutigen Freitag früh ihren Betrieb wieder in vollem Umfange aufnehmen.

Auch die Ludwig-Löwe-Werke, die seit dem 30. Dezember feiern mußten, sind, wie gemeldet wird, seit gestern infolge eingetroffener Kohlenlieferungen wieder in Betrieb.

### Die Erhöhung der Bierpreise.

Zur Erhöhung der Bierpreise nahm gestern nachmittags eine Versammlung Berliner Gastwirte im der „Neuen Welt“ Stellung. Der Berichterstatter der Lokalkommission Röder gab einen längeren Überblick über die ergebnislos verlaufenen Verhandlungen mit den Brauereien. In einem Vorschritt gegen die Brauereien, das heißt, ihnen kein Bier mehr abzunehmen, könne man nicht eintreten, da die Gastwirte einen solchen Ausnahm auf die Dauer nicht aushalten könnten. Man müsse infolgedessen an eine Neugestaltung des Bierpreises herangehen. Diese sei durch die Preisprüfungsstelle in drei Gruppen geteilt worden. Zur Gruppe I gehören die kleineren und mittleren Gastwirtschaften, wo der Konsument für das Bier einen Preis von 1,00 M. zahlen solle für Gruppe II die Saalbesitzer und Konzertsäle mit einem Bierpreis von 2,40 M. und zur Gruppe III die großen Cafés, Salons und Lustlokale mit einem Bierpreis von 3 M. Der Vorsitzende Strauß teilte mit, daß ihn von den Weißbierbrauereien erst gestern Mitteilung zugegangen sei, wonach diese Brauereien 33prozentiges Bier zum Preise von 65 M. pro Hektoliter liefern wollten. Man müsse bedenken, daß die Weißbierbrauereien jetzt 800 M. für den Zentner Zucker bezahlen, der früher 200 M. kostete.

Im Auftrag der Gastwirte Reußhans verlangte Gastwirt G. m. m. d. r. daß zur Unterstützung des Lohnkampfes der Brauereiarbeiter der Bierpreis erhöht zugestimmt würde, daß jedoch der Bierpreis auf 1,50 M. erhöht werden solle. Die folgende Aussprache nahm einen erregten Verlauf. Von einigen Rednern wurde der Vorschlag gemacht, den Brauereien kein Bier mehr abzunehmen, sondern Säfte wasser zu schenken. An eine Bierpreishöhung könne man nicht denken, da die Gastwirte bei der Arbeiterkass und beim Bürgerpartei durch den zweifelhafte Streik schon in Mißkredit geraten seien. Der Präsident des Verbandes der Gast- und Schenkwirte Deutschlands, Löffler, warnte vor unüberlegten Schritten. Bei einem Proteststreik gegen die Brauereien würden die Kassen nicht hinter den Gastwirten stehen. Es wurde schließlich der Antrag der Lokalkommission, der die oben erwähnte Preisabstufung für Gaststätten vorschlägt, angenommen.

### Mißtrauensvotum gegen den Bürgermeister von Oberschöneweide.

In der letzten Sitzung des am 20. d. Mts. abgehaltenen Gemeinderates in Oberschöneweide kam es zu sehr heftigen Angriffen gegen den dortigen Bürgermeister und den Gemeindefürsorge Lindner. Genosse Bugiat klang den Bürgermeister Verhöhn an, einen unerschütterlichen Akteneingang vorzunehmen und gefasste Beschlüsse verweigern und verschleppen zu haben. Die Rechnungsprüfungsinstanzen seien durch ihn übergegangen worden und ebenso habe Verhöhn den Schiffs- und Gemeindevorsteher ungenügenden Schutz gegenüber obliegenden Bemerkungen reaktionärer Beamten zuteil werden lassen. Der Gemeindefürsorge Lindner wurde beschuldigt, die Zahlung von Armenunterstützungen vom Bezirk zum Kreisverzeim abhängig gemacht zu haben. Lindner hätte Schreibmaschinen und Häftlinge der Gemeinde für den Riegerverein in der Bureauzeit benutzt. Es wurde schließlich mit je 21 Stimmen der Antrag unserer Genossen angenommen, gegen Bürgermeister Verhöhn ein Mißtrauensvotum auszusprechen und die Einleitung des Disziplinarverfahrens zu fordern. Ferner wurde beschlossen, den Sekretär Lindner sofort vom Amte zu suspendieren und ebenso die Eröffnung des Disziplinarverfahrens in die Wege zu leiten. Jede sozialdemokratische Fraktion ließen durch ihre Sprecher erklären, daß sie unmöglich mit dem Bürgermeister weiter geduldi zusammenarbeiten würden.

### Lebensmittellisten.

Spandau. Auf 1 bis 3 der Volkarte 100 Gr. Rindfleisch und 100 Gr. Corned Beef, auf 1 bis 3 der Kinderkarte 50 Gr. Rindfleisch und 50 Gr. Corned Beef, auf 1 bis 3 der Volkarte in der Neubau, Altklub und Wilhelmshof 50 Gr. Blut- oder Leberwurst. Verkauf von Herdelfleisch auf 1 bis 10 der Volkarte 400 Gr. und 100 Gr. Herd- oder Blutwurst.

Wohlfahrt. Auf Abschnitt 106, 107 und 108 der allgemeinen Lebensmittelkarte je 125 Gr., insgesamt 375 Gr. Teigwaren. Auf Abschnitt 102a und b der neuen Einkaufskarte 150 Gr. Kuchenstücke.

### Aus den Organisationen.

4. Bezirk, 1. Abteilung. Die Flugblattverteilung findet von Woche, Abends 8, ab statt. Zellw. Beschl. 1. Bezirk (westlich). Sonnabend abend 7 Uhr im „Ebershof“, Schöneberg, Ebersstraße (direkt am Bahnhof Ebershof) bringt die Sitzung der Bezirksjugendkommission. Oberlößnitz, heute, Freitag, abend 7 Uhr Sitzung der Geschäftsleitung im Rathaus, Zimmer 301.

Reußhans. Flugblattverteilung heute ab 4 Uhr im Bureau. — Abends 8 Uhr wichtige Sitzung im „Sängerheim“ Schönstadt, Ecke Donaustraße. Bezirksführer, Obleute und Vorstandsmitglieder müssen anwesend sein.

Teichschloß. Wegen der Beratung des Gen. Hein Treffpunkt Sonnabend nachmittags 2 Uhr bei Sudbrink, Es liner Straße.

Wittenau. Freitag abend 7 1/2 Uhr bei Rechner, Theodorstraße 42, Zusammenkunft sämtlicher Kommissionsmitglieder.

### Bereinstellen.

Zentralverband der Angestellten (Bildungsausschuss). Sonnabend abend 7 1/2 Uhr in der Friedrich-Wilhelmschen Realschule, Niederwallstraße 12, Vortrag über „Wahnsinn“.

Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, Nachgruppe M. Freitag abend 8 1/2 Uhr in den Sophienhöfen, Sophienstr. 17/18, Vollversammlung sämtlicher Angestellten-Ausschüsse.

Freie sozialistische Jugend Noobit 1. Am 9. und 13. Januar, abends 7 Uhr, 2 Vorträge: „Grundlagen sozialistischer Kultur“ im Volkshaus, Köpenick, 3.

Sozialistische Proletariatsjugend, Französer Vorstadt. Freitag abend 7 Uhr so Sitzung des Vorl. über „Sozialismus“ bei Gulars, Pöcherer Straße 20.

Freie sozialistische Jugend Groß-Berlin. Die Kranzüberlegung für den Genossen B. und Fern findet nicht am 8., sondern am 10. Januar statt. Treffpunkt nachm. 2 Uhr Schönhäuser Allee, Ecke Donaustraße (Hornaloch).

Verantwortlich für die Redaktion: Alfred Wislapp, Reußhans. Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, s. o. m. d. o., Berlin. — Druck der Lindendruckerei und Verlagsgesellschaft m. b. o., Schillbauerdamm 12.